Zeitschrift: Jahrbuch für Solothurnische Geschichte
Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Solothurn
Band: 59 (1986)

Artikel: Oekingen : Aspekte der geschichtlichen Entwicklung einer Solothurner Gemeinde
Autor: Trevisan, Paolo
Kapitel: Auf dem Weg zur Gegenwart
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-324949

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AUF DEM WEG ZUR GEGENWART

1. Vorbemerkungen

Das heutige Oekingen ist in vieler Hinsicht das Produkt erst jener Veränderungen, die sich (grösstenteils) während des 19. Jahrhunderts ereigneten. Eine Fülle von umwälzenden Neuerungen, die unter dem Stichwort «Industrielle Revolution» bekannt geworden sind, umfasste alle Bereiche der menschlichen Gesellschaft und wandelte diese vielmals so um, dass sie innerhalb einer oder zweier Generationen nicht mehr wiederzuerkennen waren. Aus der alten bäuerlichen Welt entstand eine neue, sich ständig wandelnde Welt, in welcher der Fortschritt zum Mass aller Dinge wurde. Viele dieser Veränderungen lassen sich untersuchen, zahlenmässig ausdrücken und darstellen; andere hingegen vollzogen sich im verborgenen, wie zum Beispiel die sich verändernden Lebensgewohnheiten im Essen und sich Kleiden, im Wohnen, oder das Aufgeben alter Traditionen und Wertvorstellungen, weil diese nicht mehr verstanden oder gebraucht wurden (wie der «Brotbrauch»). Nicht alle Veränderungen vollzogen sich gleich schnell, manch alte Sitte konnte sich länger halten als andere, die, ohne eine Spur zu hinterlassen, einfach verschwanden. Wie radikal dieser Wandel jedoch war, zeigt allein die Tatsache, dass uns das Leben unserer Vorfahren, die vor nicht mehr als hundert oder hundertfünfzig Jahren lebten, bereits als fremd oder zumindest nicht leicht verständlich erscheint.

Wie erlebte Oekingen und seine Bewohner diesen tiefgreifenden Wandel? Anhand von Beispielen aus einzelnen Teilbereichen, die in den Quellen gut dokumentiert sind (Berufe, Wohnverhältnisse, Neuerungen in der Landwirtschaft), soll versucht werden, einige Aspekte dieses Wandels vom alten zum modernen Oekingen darzustellen. Spezielle Kapitel befassen sich dann eingehender mit bestimmten Gegebenheiten und Ereignissen aus der neueren Geschichte des Dorfes (Papierfabrik, der Übergang zur neuen Gemeindeform, usw.).

2. Der Wandel in Zahlen

2.1 Berufswandel

Bis ins 19. Jahrhundert hinein war der weitaus grösste Teil der Menschen in der Bebauung des eigenen oder fremden Bodens tätig. Natürlich hat es daneben immer auch Leute gegeben, die Handel trie-

ben oder ein Handwerk betrieben. Im Verhältnis zur bäuerlichen Bevölkerung und in einer von der Landbebauung und deren Tradition beherrschten Welt stellten diese aber eine Minderheit, eine Randgruppe dar. Im Dorf waren es die Ganz- und Halbbauern, die das meiste Land und die meisten Nutzungsrechte untereinander aufteilten und auch das Sagen in Gemeindeangelegenheiten hatten; die weniger Begüterten waren bei ihnen als Knechte und Mägde oder als Tauner/Tagelöhner während der Ernte und der Zehnteneintreibung beschäftigt; aber selbst die Tauner und Handwerker besassen meist doch ein Stückchen Erde, das sie allein bewirtschafteten. Der Kontakt zum Boden, die tägliche Abhängigkeit von seinen Erträgen prägte noch das Leben eines jeden Dorfbewohners.

Im 19. Jahrhundert veränderte sich dieser jahrtausendealte Zustand zum erstenmal. Der von England ausgehende Industrialisierungsprozess begann mehr und mehr die alte bäuerliche Welt zu revolutionieren, um sie dann schliesslich in wenigen Jahrzehnten ganz aufzulösen und in eine andere – unsere – Welt umzuwandeln. Dieser Wandel lässt sich gut an den Berufen ablesen. Aus der ersten Volkszählung von 1808 geht hervor, dass von den insgesamt 21 verheirateten Männern Oekingens neun «Bauer» als ihren Beruf bezeichneten, davon gehörten sieben zu den Familien der Gasche, Müller und Affolter, die seit dem 17. Jahrhundert die bäuerliche Oberschicht im Dorf bildeten. Drei weitere Oekinger sahen sich nur noch zum Teil als Bauer, weil die Erträge aus ihren landwirtschaftlichen Betrieben ihre Bedürfnisse nicht mehr deckten, so dass sie gezwungen waren, sich eine andere, nicht mehr bäuerliche Hauptbeschäftigung zuzulegen. Sie bezeichneten sich als «Bauer und Rechenmacher», «Bauer und Straudeck» und «Bauer und Tagelöhner». Es handelte sich dabei noch durchwegs um herkömmliche handwerkliche Berufe oder Hilfsarbeiten, die auch von den restlichen neun Oekinger Familienvätern (die ebenfalls kein eigenes Land mehr besassen) ausgeübt wurden: darunter befanden sich zwei Maurer, ein Schneider, ein Wollspinner, ein Lumpensammler, ein Schuster, ein Leinweber, ein Strohdecker und ein Tagelöhner. Zu diesen 21 Berufstätigen kamen noch 15 auswärtige Hilfskräfte, die als Knechte und Mägde bei den Bauern angestellt waren. Alles in allem betrachtet, scheint anfangs des 19. Jahrhunderts noch die bäuerliche Gesellschaft das Bild Oekingens zu prägen, eine schon bedeutend zu nennende Anzahl Menschen konnte sich aber nicht mehr aus der Bebauung des eigenen Bodens ernähren und war deshalb auf Hilfsarbeiten bei Bauern oder auf eine handwerkliche Tätigkeit angewiesen. Armut und Hunger waren weit verbreitet, weil ein Abwandern in die Industrie noch nicht möglich war.

Um die Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich die Lage wie folgt verändert[278]: Von den 90 in Oekingen wohnhaften Berufstätigen bezeichneten 24 «Landwirt» als ihren Beruf, neun waren als Tagelöhner, also Landarbeiter, und acht als Mägde oder Knechte tätig. Bei den Handwerkern (Wagner, Schuster, Zimmermann, Schneider, Maurer, Rechenmacher) zählte man 14 Personen, daneben gab es auch zwei Krämer, vier Holzhacker, einen Fuhrmann, einen Leinweber, einen Fischer; neun Frauen verdienten sich ihren Unterhalt als Strickerinnen und Spinnerinnen, es gab auch eine Lumpensammlerin und eine Näherin. Neu war, dass nun elf Personen «Fabrikarbeiter», darunter drei Frauen, und drei Berufstätige als ihren Beruf «Papiermacher» angaben. Die Ablösung der bäuerlichen Welt durch die neue industrielle Gesellschaft bahnte sich langsam an, sie wird durch folgendes Beispiel besonders deutlich gemacht: Drei Söhne der Müller-Landwirte verliessen um 1850 den väterlichen Hof und wurden Rechenmacher, Wagner und *Fabrikarbeiter,* auch der Sohn eines Landwirts namens Sieber wurde Fabrikarbeiter.

Wieder zwanzig Jahre später (1870)[279] wohnten bereits *23 Fabrikarbeiter* (darunter fast *50% Frauen*) in Oekingen. Auch die Zahl der Landarbeiter, Knechte und Mägde (33 Personen) nahm stark zu, während von den 25 Handwerkern nur gerade drei eine eigene Werkstatt führten. Einige gaben wieder Doppelberufe an, wie «Küfer und Fabrikarbeiter» oder «Fabrikarbeiter und Landwirt». Als «Landwirt» bezeichneten sich 31 der Befragten. Wie man sieht, nahm in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Zahl der nur ihre Arbeitskraft besitzenden Landlosen ständig zu. Viele zuvor selbständig arbeitende Handwerker und Bauern verloren zudem in der wirtschaftlichen Depression der siebziger und achtziger Jahre ihre Selbständigkeit und wurden Lohnarbeiter, während andere davon profitierten, indem sie ihren Landbesitz vergrösserten und durch billige Arbeitskräfte bewirtschaften liessen. Die Landlosen ihrerseits waren darauf angewiesen, in den entstehenden Fabriken oder bei den grossen Landbesitzern Arbeit verrichten zu können, um sich mit dem kleinen Lohn Nahrungsmittel und Kleidung zu kaufen und um die Wohnungsmiete zu bezahlen. Die tägliche Arbeitszeit betrug 12–14 Stunden; die Entlöhnung war hingegen so gering, dass auch Frauen (wie der hohe Prozentanteil der Fabrikarbeiterinnen zeigt) und *Kinder* arbeiten mussten. Aus einer Oekinger Steuerliste von 1896[280] wird die damalige Einkommensverteilung gut sichtbar:

[278] Volkszählung von 1850.
[279] Volkszählung von 1870.
[280] Steuerliste von 1896, Gemeindearchiv Oekingen.

Die grössten jährlichen Einkommen (über 3000 Franken) hatten die Landwirte Fuhrer und Affolter (der erstere hatte mit über 4700 Fr. das höchste Einkommen in Oekingen); auch das Einkommen des Schullehrers Frei überstieg mit 3225 Franken die 3000-Franken-Grenze, der grösste Teil seiner Einnahmen stammte aber nicht vom Lehrerberuf, sondern aus seinem Laden, da er nebenberuflich noch als Negotiant (Händler) tätig war. Mehr als 3000 Franken verdiente auch der Käser Paul Ludäscher. Im mittleren Einkommensbereich (2000–3000 Fr.) finden wir zum Beispiel den Maschinisten Paul Müller. Die meisten Fabrikarbeiter lagen einkommensmässig im Bereich zwischen 1000 und 2000 Franken, einige wenige sogar darunter. Im Merkblatt zur Steuererklärung wurden 900 Fr. als Existenzminimum für eine Haushaltung angegeben; wenn man bedenkt, dass die Lohnabhängigen im Gegensatz zu den Landbesitzern Geld für Miete und Nahrung ausgeben mussten, so wird einem klar, welch kleinen finanziellen Spielraum sie besassen. Daneben gab es auch noch keine soziale Fürsorge (wie Krankenkasse oder eine Altersvorsorge). Auf politischer Ebene blieben die Fabrikarbeiter vorerst noch unmündig[281].

Im 20. Jahrhundert setzte sich die geschilderte Entwicklung (Ablösung von der bäuerlichen und Übergang zur industriellen Gesellschaft) weiter fort, doch schauen wir uns einige Zahlen dazu an. Beim Betrachten von Tabelle 1 fällt sofort auf, wie der Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen kontinuierlich abnimmt (mit einer «Auffangphase» zwischen 1960 und 1970), bis er nur noch gerade 8% aller Beschäftigten beträgt (das entspricht aber immer noch dem Doppelten des kantonalen Durchschnitts). Den grössten Anteil stellen die in der Industrie Beschäftigten, die 1950/60 bis zu ¾ aller Beschäftigten ausmachten. Seit den 60er Jahren lässt sich hingegen eine neue Entwicklung erkennen: Der Prozent-Anteil des zweiten Wirtschaftssektors nimmt rapide zugunsten des Dienstleistungssektors (Banken, Versicherungen, Grosshandel, öffentliche Betriebe) ab. Interessant ist zudem, dass während des Zweiten Weltkriegs und vor allem um 1970 (zur Zeit der Vollbeschäftigung) die Hälfte der Oekinger Bevölkerung erwerbstätig war, auch der Anteil der Frauenarbeit erreichte damals mit über 34% die höchste Quote in diesem Jahrhundert.

2.2 Wohnverhältnisse

Eine Auswirkung der rapide zunehmenden Zahl der unselbständigen Lohnbezüger zeigte sich bei den Wohnverhältnissen, wo sich die

[281] Siehe Kap. «Neue Gemeinde».

Tabelle 1:
Beschäftigte (in %) nach Wirtschaftssektoren 1910–1980[282]

	1910	*1941*	*1950*	*1960*	*1970*	*1980*
1. Erwerbstätige Bevölkerung	38,5	46	42,9	39,4	50,8	44
Davon Frauen	20,5	24,5	26,7	20,3	34,2	31
2. Wirtschaftssektor 1 (Land- und Forstwirtschaft)	22,3	14,5	13,8	10,4	10,5	8
Davon selbständig	40	58	47	54	33	k.A.
3. Wirtschaftssektor 2 (Industrie, Gewerbe)	64,2	74,5	75,1	75	65,5	57
4. Wirtschaftssektor 3 (Handel, Dienstleistungen)	13,5	11	11,1	14,6	24	35

k.A. = keine Angaben

Zahl der Mieter stark vermehrte, ohne dass sich das Wohnungsangebot an diese neue Situation angepasst hätte (man teilte die schon bestehenden Wohnräume einfach noch mehr auf). Eine Verschlechterung im Verhältnis der Bewohner pro Wohnraum mit entsprechender Abnahme der Wohn- und Lebensqualität waren die Folgen. In einem Verzeichnis aus dem Jahre 1870[283], das die Anzahl der zu einer Wohnung (Haushaltung) gehörenden bewohnbaren Räumlichkeiten (auch Dachböden, Küchen und Keller, wenn sie bewohnt waren) aufführt (insgesamt waren es 67 Wohnungen), variierte die Wohnungsgrösse von einem bis zu acht Zimmer pro Wohnung. Durchschnittlich kamen 1,2 Personen auf ein Zimmer, ein Verhältnis, das aber bei vielen Familien weit höher lag, wie zum Beispiel in einem Fall, wo sieben Personen in anderthalb Zimmern leben mussten. Fünfzig Jahre später, 1920, hatten sich die Wohnverhältnisse weiter zuungunsten der Mieter verschlechtert, da nun auf einen Wohnraum 1,6 Personen kamen. Bei den insgesamt 93 Wohnungen überwogen deutlich die Kleinwohnungen mit einem bis drei Zimmern, die rund 71% aller Wohnungen ausmachten; daneben gab es 24 mittelgrosse Wohnungen mit vier bis fünf Zimmern und schliesslich noch drei Grosswohnungen mit sechs und mehr Zimmern. Mit dem Bauboom nach dem Zweiten Weltkrieg änderte sich die Wohnlage auch in Oekingen. 1960 hatten wir noch 0,97 Bewohner pro Wohnraum; von

[282] Eidg. Volkszählung, Berufsstatistiken.
[283] Eidg. Volkszählung von 1870.

den insgesamt 141 bewohnten Wohnungen (davon 44 in Einfamilienhäusern) waren 22 (oder 18,5%) seit 1947 gebaut worden, 63% waren Eigentümerwohnungen. Bei den Einrichtungen fällt auf, dass fast 20% der Wohnungen noch ohne Wasserleitung war, und 10% mit Holz- oder Kohlenherd und 8% mit Gasherd in der Küche ausgerüstet waren. Die Mietpreise bewegten sich bei Miet- und Genossenschaftswohnungen um einen durchschnittlichen Jahresmietpreis von 656 Franken (im Vergleich Amtei Kriegstetten: 1211 Franken).

2.3 Das «grüne Wunder»: Der Wandel in der Landwirtschaft

Als «grünes Wunder» bezeichnet man heute die Tatsache, dass eine kleinere Anbaufläche und weniger Bauernhöfe mit weniger Arbeitskräften im Vergleich zu früher weit mehr produzieren. Wie ist dies möglich[284]? Da ist zum Beispiel die Mechanisierung der Landwirtschaft zu nennen, die die Anzahl der benötigten Arbeitskräfte stark verminderte. Hierzu einige Zahlen[285]: Noch 1905 besass erst einer von 56 Betrieben eine Maschine mit zwei Pferdestärken. 1939 waren in der Landwirtschaft bereits 15 Elektromotoren und ein Traktor im Einsatz, die 16 hauptberuflichen Bauern besassen als eigene Maschinen und Geräte 16 Pflüge, fünf Getreidesämaschinen, 19 Mäh- und 20 Heuerntemaschinen und neun Heu- und Garbenaufzüge. 1950 waren es nunmehr acht Getreidesämaschinen. 1955 besassen drei Bauern bereits Vierradtraktoren, dazu wurden neun Einachstraktoren und Motormäher und 18 Elektromotoren eingesetzt. Auch die Getreidesämaschinen nahmen auf zehn zu, während zwölf Mähmaschinen noch von Tieren gezogen wurden. Fünf Jahre später, 1960, gab es im Dorf fünf Traktoren, dazu kamen fünf Anlagen besonderer Melkmaschinen für 65 Kühe. Bis 1969 nahm die Mechanisierung immer mehr zu, denn die Zahl der Traktoren hatte sich in der Zwischenzeit mit elf mehr als verdoppelt, auch die Zahl der Melkanlagen stieg auf neun. 1975 waren 13 Traktoren im Einsatz.

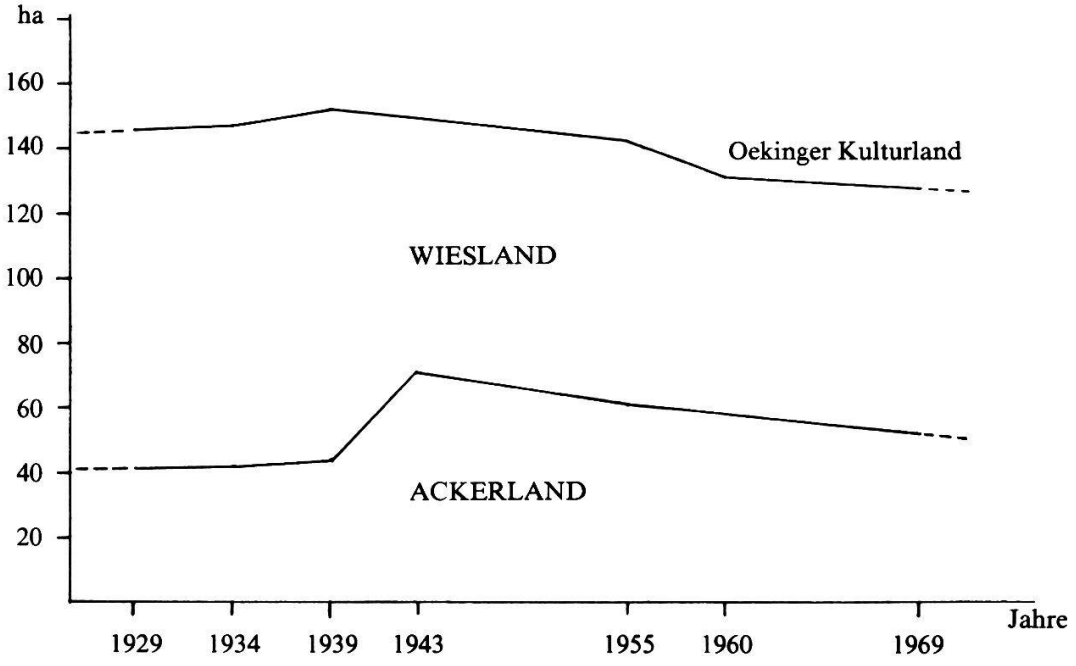
Der Einsatz neuer und leistungskräftiger Maschinen verband sich mit vielfachen Veränderungen in der Bodennutzung (neue Anbaumethoden und neue Pflanzenarten), die die enorme Produktionssteigerung erst möglich machten. Schauen wir uns einige statistische Angaben zum Verhältnis Ackerbau-Futterbau (Figur 10), zum Kar-

[284] Siehe auch Kap. «Abschaffung der Bodenlasten».

[285] Eidg. Statistiken zu den Landwirtschaftsbetrieben (Stat. Quellenwerke der Schweiz), 1905, Nr. 147, S. 75; 1939, Nr. 151, S. 72; Anbaustatistik 1950, Nr. 240, S. 95; 1955, Nr. 319, S. 75; 1960, Nr. 344, S. 83; 1969, Nr. 451 (2. Teil), S. 111; 1975, Nr. 580, S. 113.

toffelanbau (Tabelle 2) und zum Anbau der verschiedenen Getreidearten (Tabelle 3) an:

Figur 10: Das Oekinger Kulturland und das Verhältnis zwischen Akker- und Wiesland im 20. Jahrhundert[286].



In der Zwischenkriegszeit (1918–1939) hatte sich das Bodennutzungsverhältnis sehr zugunsten des Futterbaus gewandelt. Das hing mit einer gesteigerten Viehzucht zusammen, die im Vergleich zur Getreidewirtschaft höhere Einnahmen versprach. Damit war die jahrhundertelange Vorherrschaft des Getreides gebrochen worden. Erst als durch den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs die Versorgungslage mit Nahrungsmitteln kritisch zu werden drohte, begann man Wiesland wieder vermehrt zu Ackerland umzupflügen: In vier Jahren nahm in Oekingen in dieser landesweit als «Anbauschlacht» bekanntgewordenen Periode das Ackerland wieder um mehr als 60% zu! 1939 umfasste es noch 44 Hektaren, 1941 waren es 52 ha, 1942 bereits 61 ha und 1943 schliesslich 71 ha. Nach dem Krieg stabilisierte sich das Verhältnis Ackerland-Wiesland auf ca. 1:2,5 (anfangs des Jahrhunderts hatte es bei 1:3,5 gelegen).

[286] Statistische Quellenwerke der Schweiz (Anbaustatistiken), 1929, Nr. 14, S. 122f.; 1934, Nr. 72, S. 36; 1939, Nr. 134, S. 194; 1943, Nr. 217, S. 47; 1955, Nr. 307, S. 47, 136f.; 1960, Nr. 344, S. 150f.; 1969, Nr. 451, S. 110f.

Der Zuwachs an Ackerland während des Zweiten Weltkriegs wurde vor allem zum vermehrten Anbau von Kartoffeln und Getreide genutzt:

Tabelle 2:
Der Kartoffel- und Getreideanbau in *Hektaren* 1917–1969[287]

	a) Kartoffeln	*b) Getreide*
1917	14	26
1934	10	27
1942	16	40
1943	19 (!)	46 (!)
1950	14	35
1955	14	42
1960	13	40
1969	12	36

Der Rest des Ackerlandes wurde mit Hülsen- und Hackfrüchten und mit anderem Gemüse angepflanzt.

Im Unterschied zu früheren Jahrhunderten ging man während des 20. Jahrhunderts dazu über, andere Getreidearten anzupflanzen. Die bis ins 19. Jahrhundert vorherrschende Frucht, Korn oder Dinkel genannt, wurde vor allem durch den produktionssteigernden Weizenanbau verdrängt (siehe Tabelle 3): In nur etwa vierzig Jahren nahm der Anbau des Brotgetreides Weizen um mehr als das Fünffache zu, während Roggen und Korn nunmehr nur noch eine untergeordnete Rolle spielten.

Tabelle 3:
Angepflanzte Getreidearten in *Prozent* 1919–1960[288]

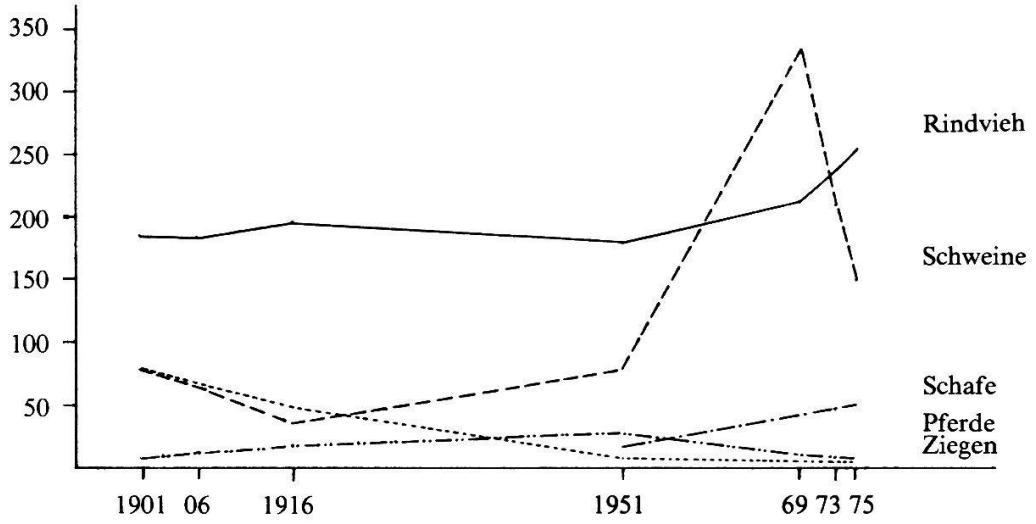
	1919	*1926*	*1934*	*1943*	*1950*	*1960*
Weizen	11	23	38	26	37	57
Roggen	61	55	47	28	29	12
Korn	17	6	–	7	9	4
Hafer	11	12	–	15	6	6
Mischelfrucht	–	1	15	17	17	11
andere	–	3	–	7	2	10
Total	100	100	100	100	100	100

[287] Schweizerische Statistik, Nr. 208, S. 218f., 370f.; Statistische Quellenwerke der Schweiz, 1934, Nr. 72, S. 77; 1942, Nr. 134, S. 92f.; 1943, Nr. 217, S. 47; 1950, Nr. 240, S. 26; 1955, Nr. 307, S. 136f.; 1960, Nr. 344, S. 150f.; 1969, Nr. 450, S. 86f.

[288] Schweizerische Statistik, 1919, Nr. 2, S. 66f., 1926, Nr. 3, S. 196f. Statistische Quellenwerke der Schweiz, 1934, Nr. 72, S. 77; 1943, Nr. 217, S. 47; 1950, Nr. 240, S. 26; 1960, Nr. 344, S. 150f.

Für die Viehzucht wurde beim Futterbau bereits festgestellt, dass sie im 20. Jahrhundert eine sehr bedeutende Stelle einnimmt und der Getreidewirtschaft sogar den ersten Rang streitig macht. 1861 besassen die Oekinger Bauern 108 Kühe, die sich auf 25 Besitzer verteilten; am meisten Kühe im Stall (und nicht mehr auf der Weide!) hatte Friedensrichter Gasche mit 12 Kühen, dicht gefolgt von Peter Furrer und Josef Affolter mit je zehn Stück; der Papierfabrikant besass selber auch acht Kühe. Anfangs des 20. Jahrhunderts gab es im Dorf 113 Kühe, 34 Rinder, fünf Zuchtstiere, einen Ochsen (insgesamt mit den Kälbern 185 Stück Rindvieh), dann noch 78 Schweine, 76 Ziegen, neun Pferde- und sechs Bienenstöcke. Figur 11 veranschaulicht die weitere Entwicklung des Viehbestandes bis 1975:

Figur 11:
Der Oekinger Viehbestand 1901–1975[289]



Während anfangs des Jahrhunderts noch 35 Besitzer Rindvieh besassen (mit durchschnittlich je fünf Kühen), waren es 1975 nur noch elf, die aber nun durchschnittlich fast 23 Kühe hielten. Auffallend ist auch, wie Ende der 60er Jahre die Schweinezucht zuerst stark zunahm, um dann aber in den 70er Jahren wieder abzunehmen; praktisch verschwunden ist indessen die Ziegenhaltung, die zu Anfang des Jahrhunderts noch recht bedeutend gewesen war. Die Pferdehaltung erreichte in Oekingen nie nennenswerte Bedeutung.

[289] Schweizerische Statistik, 1901, Nr. 132, S. 4f.; 1906, Nr. 152, S. 76f.; 1916, Nr. 207, S. 76f.; Stat. Quellenwerke der Schweiz, 1951, Nr. 271, S. 40; 1969, Nr. 451, S. 110f.; 1973, Nr. 550, S. 134f.; 1975, Nr. 580, S. 112f.

Tabelle 4:
Der Obstbaumbestand in Oekingen 1929, 1951, 1961[290]

	1929		*1951*		*1961*	
Apfelbäume	883		1229		1045	
Hochstamm		877		1108		938
Niederstamm		6		121		107
Birnbäume	136		228		212	
Hochstamm		124		79		73
Niederstamm		12		149		139
Quitten	16		28		23	
Kirschbäume	57		106		139	
Zwetschgen und Pflaumen	132		374		343	
Pfirsichbäume	3		21		18	
Nussbäume	16		27		25	
Aprikosen	–		5		3	
Total	1243		2018		1808	

Auch der Obstbau verzeichnete im 20. Jahrhundert eine Produktionssteigerung, die aber in den 60er Jahren einem Stillstand wich: Interessant ist das vermehrte Auftauchen von Niedrigstamm-Obstbäumen, die zwar für den Besitzer praktisch sind, heute aber in Naturschützerkreisen auf Kritik stossen.

2.4 Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft
Durch den geschilderten Rückgang der bäuerlichen Eigentümer gelangte das Land in zunehmendem Masse in die Hände weniger grosser Besitzer. Die Inhaber immer kleinerer Parzellen sahen sich gezwungen, ihre kleinen Landstücke wegen finanzieller Schwierigkeiten zu verkaufen und in der Industrie ein Auskommen zu suchen. Die folgende Tabelle der Grössenverhältnisse der Landwirtschaftsbetriebe in den Stichjahren 1933, 1939, 1955 und 1975 liefert einige Daten zu diesem Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft:

[290] Statistische Quellenwerke der Schweiz, 1929, Nr. 4, S. 41; 1951, Nr. 250, S. 91; 1961, Nr. 377, S. 84.

Tabelle 5:
Anzahl und Grösse in *Hektaren* (ha) der Landwirtschaftsbetriebe; durchschnittliche Betriebsgrösse[291]

	Anzahl der Betriebe			
	1933	*1939*	*1955*	*1975*
Betriebsgrösse				
bis 1 ha	17	21	8	9
1,1– 5 ha	13	10	7	4
5,1–10 ha	7	6	3	–
10,1– ha	6	6	7	8
Total Betriebe	43	43	25	21
davon hauptberuflich	19	16	12	7
mit vorwiegend eigenem Land	35	37	22	12
Durchschnittliche Betriebsgrösse in ha	3,56	3,52	5,88	7,2

Zwei entgegengesetzte Entwicklungen prägten die Besitzverhältnisse am landwirtschaftlich genutzten Boden: Einerseits nahm die Zahl der Betriebe von 1933 bis 1975 um mehr als die Hälfte, und, wenn man nur die hauptberuflichen Landwirte betrachtet, fast um ⅔ ab, andererseits nahm aber die durchschnittliche Betriebsgrösse um mehr als das Doppelte zu (von 3,56 auf 7,2 ha). So besassen 1933 nur 14% der Landbesitzer mehr als 10,1 Hektaren Land, während es 1975 bereits 38% waren. Auffallend ist auch, dass 1975 fast die Hälfte der Betriebe kein eigenes Land besass.

2.5 Nichtlandwirtschaftliche Betriebe

Im Grunde genommen begann die neue Zeit für Oekingen recht erfolgversprechend: Mit der weitherum bekannten und berühmten Papierfabrik Ziegler besass Oekingen schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine Anlage, die als «Zugpferd» für andere Betriebe hätte dienen können, zumal deren Besitzer technischen Neuerungen gar nicht abgeneigt waren. In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts, als sich überall der eigentliche Übergang zum Fabrikwesen vollzog, zeigte es sich aber, dass Oekingen nicht jene Entwicklung durchmachen würde, wie sie etwa in Gerlafingen, Biberist oder Zuchwil stattgefunden hatte, und als gegen 1880 die Papierfabrik einging, war Oekingen ein Dorf gänzlich ohne Industrieanlagen: der Zug war abgefahren! Auch wenn die grosse Industrie in Oekingen selbst nicht Einzug

[291] Statistische Quellenwerke der Schweiz, 1933, Nr. 31, S. 35; 1939, Nr. 151, S. 72; 1955, Nr. 319, S. 74f.; 1975, Nr. 580, S. 112f.

Dorfpartie mit Schulhaus (vor der Renovation von 1952), Brücke und Consum-Depot. (Dia – Zentralbibliothek Solothurn)

hielt, begann sie trotzdem gegen Ende des 19. Jahrhunderts das Dorf zu beeinflussen, nämlich durch die Fabrikarbeiter, die zwar nicht in Oekingen selber arbeiteten, aber, wie wir gesehen haben, hier wohnten und lebten.

1905 verzeichnete man im Dorf 18 nichtlandwirtschaftliche Betriebe, die aber hauptsächlich aus Einzelhandwerkern bestanden. 1910 arbeiteten 55% der Berufstätigen ausserhalb der Gemeinde, jedoch kein Auswärtiger in Oekingen. Während des Zweiten Weltkriegs (1941) waren 30 der insgesamt 32 in Oekingen Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. 1955, in der Zeit des Wirtschaftsaufschwungs, zählte man 14 Betriebe im Dorf (ohne Landwirtschaft), davon waren aber neun Einzelbetriebe.

Tabelle 6:
Betriebe in Oekingen 1955

	Betriebe	*Beschäftigte*
Industrie / Handwerk / Bau	10	23
Handel / Banken / Versicherungen	2	4
Verkehr / Gastgewerbe	2	3
Total	14	30

Auch später blieben Kleinbetriebe ein Merkmal der Oekinger Wirtschaft. 1980 arbeiteten 188 (oder 81%) der 231 Oekinger Berufstätigen ausserhalb der Gemeinde, während nur gerade sechs Auswärtige in Oekingen eine Beschäftigung fanden[292].

3. Die Auswanderer

Gesteigerte Lebensmittelpreise, die 1816/17 misserntebedingt zu einer eigentlichen Hungerkrise und 1846/47 und 1854/55 zu allgemeinen Teuerungszeiten führten, brachten viele arme Familien an den Rand der Existenzmöglichkeit[293]. Die Masse der notleidenden Menschen konnte durch die erst langsam eintretende Industrialisierung noch nicht aufgefangen werden. Aber auch wer als Fabrikarbeiter tätig war, besass kein ausreichendes Einkommen, trotz 14stündiger Arbeit im Tag. Für diese Menschen wurde Amerika zum Land der unbegrenzten Möglichkeiten und zur letzten Hoffnung. Skrupellose Agenten und Spekulanten redeten den Hungerleidenden ein, wie einfach es in Amerika sei, zu Geld und Wohlstand zu kommen. Die Gemeinden, die ihrerseits froh waren, Unterstützungsbedürftige leicht loszuwerden, bezahlten den Auswanderungswilligen die Überreise. «Welches das Los der Auswanderer sein werde», schrieb das Solothurner Blatt 1851, «ob sie dann auch genug Mittel besitzen, um ihr Leben durchzubringen, wenn sie an den Ufern Amerikas gelandet haben, darum bekümmert man sich gewöhnlich blutwenig»[294].

Die Auswanderungswelle der 50er Jahre des 19. Jahrhunderts erfasste auch Oekingen. Laut Volkszählung von 1850 waren bereits 17 Personen von Oekingen ausgewandert, darunter sechs Familien (Scheidegger, Schläfli, Mengel), die in Richtung Nordamerika ausgezogen waren; die Familienväter hatten im Dorf als Maurer, Fuhrmann, Wagner, Zimmermann und Landwirte gearbeitet[295]. 1854 stellte die Gemeinde der Regierung das Gesuch, den Familien Scheidegger und Meier (insgesamt vier Erwachsene und fünf Kinder) einen Beitrag von 1300 Franken für deren Auswanderung verabreichen zu dürfen[296]. Koni Scheidegger war Maurer, Meier Schuh-

[292] Schweizerische Statistik, 1905, Nr. 147, S. 74; Statistische Quellenwerke der Schweiz, 1941, Nr. 145, S. 52f.; 1955, Nr. 318, S. 24; Kanton Solothurn in Zahlen, 1984, S. 66f.

[293] *G. Appenzeller,* Armenwesen, S. 174.

[294] Ebda., S. 173.

[295] Kantonale Volkszählung 1850.

[296] RM-Akten, Rubr. 100, Nr. 32.

macher von Beruf. Beide fanden im Dorf keine Arbeit mehr, weil sie des Diebstahls überführt oder, im Falle Meiers, dessen verdächtigt wurden. Aus diesem Grund arbeitete Meier längere Zeit im Welschland und überliess Frau und Kinder der Gemeinde, die sie in das Gemeinds-Armenhaus aufnahm. Um die Ausweisung zu rechtfertigen, sprach man von «zwei bösen und dem Müssiggang ergebenen Familien»: «bei der Familie Scheidegger tritt (...) der Fall ein, dass dieselbe sehr übel beleumdet ist, und dass Mann und Frau wegen Diebstahls zu 21 Monaten Zuchthausstrafe verurteilt sind; während welcher Zeit natürlich die Kinder von der Gemeinde unterhalten werden müssen. Auch die Familie Meier ist unvermöglich und nicht gut beleumdet und bereits der Gemeinde zur Last; eine Entfernung dieser beiden Familien für die Gemeinde von wesentlichem Vorteil.» So entledigte man sich der Armen, indem man sie zu Banditen abstempelte und nach Amerika abschob. Für die Kostenfinanzierung wurden von der Gemeinde die von den Auswanderern vorher benutzten Bürgerrüttenen (Gemüse-Pflanzplätze) als Abzahlungskapital verwendet.

4. Die Abschaffung der Boden-Lasten

Das 19. Jahrhundert brachte den Bauern endlich die Abschaffung jener Lasten, die ihnen eine freiere und rationellere Bearbeitung des Bodens bisher verunmöglicht hatten. Zuerst ging man dazu über, den allgemeinen Weidgang des Viehs auf Feldern und Matten abzustellen, sei es, um dessen landschädigende Auswirkungen in Zukunft zu vermeiden, sei es, um den Boden von lästigen fremden (Weid-) Rechten zu befreien. Um die Befreiung des bäuerlichen Bodens von fremden Ansprüchen ging es auch bei der Frage der Abschaffung von Zehnten und Bodenzinsen. Die von der Französischen Revolution ausgegangene Idee eines freien bäuerlichen Bodeneigentums war auch bei den Bauern Oekingens mit grossem Interesse aufgenommen worden. So wurde 1831, als die Liberalen mit den Stimmen der Landbevölkerung in Solothurn an die Macht kamen, der Ruf nach Abschaffung der jahrhundertealten bäuerlichen Abgaben zum dringendsten Geschäft der neuen Regierung. So einfach liess sich das aber nicht durchführen! Zehnten und Bodenzinse stellten eine bedeutende Einnahmequelle für viele alte Familien Solothurns und für geistliche Korporationen und Stiftungen dar, die alle nicht kampflos auf ihre Grundlage des Wohlstands verzichten wollten; sie betrachteten ihre Rechte als wahres und unverletzliches Eigentum, das von niemandem angetastet werden durfte. Auch der grösste Teil

der Staatseinnahmen beruhte auf den jährlichen Abgaben der Bauern.

Die Bauern ihrerseits sahen in den Zehnten und Bodenzinsen nur noch eine Last (und keine Schuld) auf ihrem Boden, die ihnen ein rationelleres Wirtschaften und eine freie Verfügung über ihr Land verunmöglichte: «Es darf nicht ferner der Landmann einzig einen grossen Theil seines im Schweisse des Angesichts erworbenen Vermögens zu Unterhaltung des Staates, der Kirche und anderer öffentlicher Anstalten darbringen», meinten sie. Der Zehnten sei von allen Abgaben «die verderblichste, eine wahre Brandschatzung für den Landmann (...) Alles muss er mit dem Zehntherrn theilen, der zur Verbesserung der Kultur nichts beiträgt und nur da ist, um zu ärndten, wo er nicht gesät hat.» Es sei daher kein Wunder, schrieben sie, dass der Bauer von jeder Verbesserung des Landes absehe, wenn er im voraus wisse, dass ihm ein nicht unbedeutender Teil des Ertrags weggenommen werde. Deshalb forderten die Bauern eine für sie unentgeltliche Aufhebung und Abschaffung dieser Abgabe und dafür die Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer als neue Grundlage des Staatshaushaltes. Eine entsprechende Petition vom 12.6. 1836 wurde auch von 15 Oekinger Landbesitzern unterzeichnet (darunter der Ammann Urs Joseph Gasche und die Gemeinderäte Johannes Gasche und Peter Furrer)[297].

Jedem Befürworter der Zehntenabschaffung wurde jedoch sehr bald klar, dass der Widerstand der Bodenzins- und Zehntherren gegen eine solche radikale Lösung zu stark war. So kam es schliesslich zu einem für die Bauern ungünstigeren Entscheid. Das Zehntgesetz von 1837 ging davon aus, dass der Zehnten nicht einfach abgeschafft werden sollte, sondern, dass sich die Bauern davon loszukaufen hatten. Das ging folgenderweise vor sich: Zuerst wurde von den Jahren 1825–1836 der durchschnitlliche Zehnten-Reinertrag eines jeden Zehntbezirks ermittelt; dann bestimmte man, um welchen Faktor dieser Betrag kapitalisiert, das heisst, multipliziert werden sollte, um die endgültige Entschädigungshöhe zu eruieren. Die Ratsabgeordneten einigten sich darauf, den zwölfjährigen Durchschnittsertrag des Getreidezehntens mit 20, des Heuzehntens mit 19 und des Emd- und Weinzehntens mit 17 zu multiplizieren. Die Geldwertberechnung des Zehntens (der ja in Natura abgeliefert wurde) erfolgte nach dem durchschnittlichen Preis der Kornmarktpreise in Solothurn von 1825 bis 1836. Hanf- und Flachszehnt wurden ohne Beitrag von Seite der Pflichtigen (Bauern) aufgehoben. Der Staat übernahm 1/10 des

[297] Bittschrift an den Grossen Rat der Republik Solothurn, in: Schriften zur Abschaffung der Zehnten 1836. Mit obigen Zitaten.

Ablösungskapitals des Getreidezehntens. Der Zehntenloskauf wurde für alle Beteiligten als obligatorisch erklärt[298].

Für Oekingen wurde eine Schuld von 15477 alten Franken (was ab 1851/52 ca. 22132 neuen Franken entsprach) ermittelt[299]. Es lag nun an den Oekinger Landbesitzern, einen Verteilerschlüssel für das genannte Ablösungskapital zu finden. Dies war eine recht heikle Angelegenheit, da eine Verteilung nach diesem oder jenem Grundsatz dem einen oder anderen zum Nachteil gereicht hätte. In der Kommission, welche die nötigen Berechnungen vorzunehmen hatte, sassen jedenfalls zwei der grössten Landbesitzer Oekingens: Johann Gasche als Ammann und Josef Affolter als Gemeinderat. Zusammen mit dem Gemeindeschreiber Mauritz Schläfli erhielten sie von den Landbesitzern für ihre Arbeit eine Entschädigung von einem Batzen pro Jucharte Landes. Schliesslich konnten (oder mussten) sich alle auf folgenden Vorschlag einigen[300]:

a) Die Grundbuchschatzung des Bodens der einzelnen Eigentümer gibt die Verteilungsbasis für die Loskaufsumme des Fruchtzehntens ab; das heisst, dass ein bisheriger Zehntpflichtiger eine Loskaufssumme zu entrichten hatte, die im Verhältnis zu seinem Bodenwert stand.
b) Nebst dem Ackerland wird auch das Mattland zu besagter Berechnung herangegzogen.
c) Der Heuzehnten wird im Durchschnitt bezahlt.

Das gesamte Loskaufkapital teilte sich auf in: Frucht-, Heu-, Licht- und Rüttizehntengeld, wobei das Fruchtzehntenkapital vom losgekauften Getreidezehnten den weitaus grössten Teil ausmachte. Die Abzahlung erfolgte in jährlichen Raten (jeweils auf den 1. Dezember) von 1/25 der Gesamtsumme, zuzüglich 4% Zins. Beim Fruchtzehnten bezahlten die drei grössten Landbesitzer Oekingens (Josef Affolter, Peter Fuhrer und Urs Josef Gasche) an die 30% der gesamten Loskaufssumme, während eine Vielzahl kleiner Landeigner 100 und weniger Franken zu erbringen hatte[301]. Erst 1862, also nach 25jähriger Abzahlung, wurde die letzte fällige Rate entrichtet, so dass das Finanz-Departement den allgemeinen Abschluss des Zehntloskaufs bekanntgeben und auf die daraus erwachsenen Vorteile hinweisen konnte: «Die seitherige Bewirthschaftung des Bodens ist beinahe allenthalben eine andere geworden und wenn man auch die Fortschritte, die man seither in der Landwirthschaft über-

[298] *H. Büchi,* Zehnt- und Grundzinsablösung, S. 268 ff.
[299] Zehntenliquidationsrechnungen Oekingen.
[300] Zehntenloskaufs-Rodel ab 1837, Gemeinde-Archiv Oekingen.
[301] Zehntenloskaufs-Rodel ab 1837, Gemeinde-Archiv Oekingen.

haupt gemacht, grösstentheils als eine Folge des rationelleren Betriebes der Bodenkultur hinstellen will, so wird man doch mindestens zugestehen müssen, dass das Bewusstsein des Landmanns, der ganze Ertrag des von ihm bebauten Bodens falle ihm nun ausschliesslich als Eigenthum zu, ihn unstreitig zu grösserer Thätigkeit und zu grösseren Opfern für die Bewirthschaftung seines Landes angespornt habe, und dass schon dieser Gewinn, wenn er auch einzig dastünde, in volkswirthschaftlicher Beziehung als eine sehr wichtige und erfolgreiche Errungenschaft des Gesetzes angesehen werden müsste.»[302] Für den viel Land besitzenden Oekinger Bauern hiess dies konkret, dass von nun an nichts und niemand mehr Rechte irgendwelcher Art über seinen Boden beanspruchen konnte, denn er war nun unumschränkter Eigentümer desselben. Für die kleinen Landbesitzer bedeutete dieser Loskauf hingegen eine nicht zu unterschätzende finanzielle Mehrbelastung über längere Zeit, eine Mehrbelastung, die im schlimmsten Fall zu Verschuldung und anschliessendem Verlust des eigenen Stück Landes führen konnte.

5. Die Papierfabrik Ziegler

Will man Entstehung und Entwicklung der Industrie und des Fabrikwesens an einem Beispiel aus Oekingen zeigen, so kommt man nicht darum herum, etwas ausführlicher über die «Papyri», die Papierfabrik Ziegler zu reden – nicht nur, weil sie ein interessantes Untersuchungsobjekt darstellt, sondern, weil hier andere Beispiele zu diesem Thema fehlen.

Auf dem Boden des ehemaligen Drahtzugs (auf der Biblitzmatte) wurde gegen Ende des 18. Jahrhunderts durch den Solothurner Notar Bözinger eine erste Papiermühle errichtet, die 1798 vom Solothurner Handelsmann und Ratsherrn Benedikt Ziegler-Cartier um 30000 Pfund erworben wurde[303]. Vom insgesamt ungefähr 10½ Hektaren umfassenden Grundstück lagen 4,7 ha auf Haltener, 3,2 ha auf Oekinger und 2,6 ha auf Kriegstetter Boden[304]. Bei der ursprünglichen Papiermühle handelte es sich noch um einen nach traditionellen Methoden arbeitenden Handwerksbetrieb in der Art der alten Handwerksmühlen. Dabei wurde der Rohstoff (die sogenannten «Hadern») zu einem Brei zerstampft, «mit Farbe und Leimstoff ver-

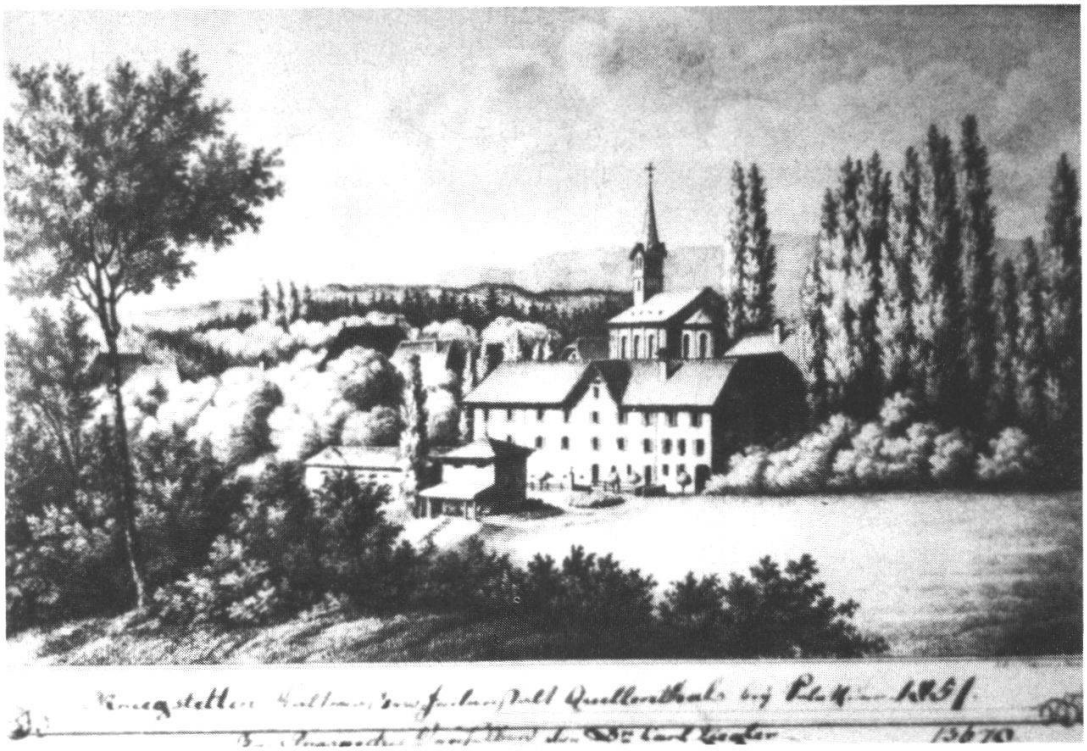
[302] Rechenschaftsbericht der Regierung 1862, S. 162.
[303] *Jäggi/Ingold,* Sol. Wasseramt, S. 88f., 96f.
[304] Hypothekenbuch Halten 1838ff., Nr. 411.

sehen, die so erhaltene Masse auf ein Sieb ausgegossen, das die gewünschte Papiersortengrösse besass und von Hand so lange geschüttelt, bis ein dichter Papierfilz entstand, der einzeln aufgehängt wurde, um an der Luft vollends zu trocknen»[305]. Erst Josef Ziegler-Barthlomé, Benedikts Sohn, versuchte die Produktion durch die Verwendung moderner Maschinen zu rationalisieren und an die von der vermehrten Konkurrenz erforderten Verhältnisse anzupassen: 1834 wurde die erste Papiermaschine installiert[306]. Dennoch blieb das Ganze ein kleines Familienunternehmen. 1850 waren acht Papiermacher darin beschäftigt[307], darunter auch Oekinger. Bereits 1808 hatten zwei Papiermachergesellen im Dorf gewohnt; 1850 gaben drei Oekinger als ihren Beruf «Papiermacher» an[308]. In den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts wanderte ein Urs Jakob Sieber aus Oekingen ins Kaiserreich Österreich aus, wo er 1828 in Illyrien (heutiges Jugoslawien) in der «königlich-kaiserlichen Ratschacher Papierfabrik» arbeitete; 1834 befand er sich dann in Ungarn[309].

Das Ratsprotokoll von 1829 vermittelt uns ein Stimmungsbild spezieller Art: An Festtagen und während der Fasnacht war es Brauch, dass im Fabrikareal getanzt und warme Speisen aufgetischt wurden, sehr zum Leidwesen der Behörden, die Ziegler dafür bestrafen wollten; es sollte aber untersucht werden, ob nicht «für die darin angestellten Arbeiter in gewissen Fällen eine Ausnahme gemacht werden könnte»[310]. Schliesslich wurde das Tanzen und das Auftischen von warmen Speisen an gewissen Tagen erlaubt; beim Aufdingen der Lehrjungen, «bei welchen Anlässen nach alter Übung aus den bestimmten Beyträgen derselben, sowie der Gesellen und des Herrn Ziegler den sämtlichen Fabrikarbeitern ein Essen gegeben wird» wurde aber das Tanzen untersagt. Auch die Eltern und die Geschwister der aufzunehmenden Lehrknaben waren zu den Anlässen eingeladen[311].

Josef Ziegler verstand es, aus seiner Papierfabrik mehr zu machen. 1831 stellte er das Begehren an die Regierung «an sein Wirtschaftsgebäude zu Oekingen ein Nebengebäude zu bauen und darin zwölf Badezimmer, jedes mit zwei Badekästen, errichten zu lassen»[312].

[305] *W. Flury,* Die industr. Entwicklung des Kt. Sol., S. 29.
[306] *F. Schwab,* Industr. Entwicklung, S. 526f.
[307] *Jäggi/Ingold,* Sol. Wasseramt, S. 97.
[308] Kant. Volkszählung 1808, 1850.
[309] RM 1828, S. 1114f.; 1834, S. 2013, 2047.
[310] RM 1829, S. 695.
[311] RM 1829, S. 1260.
[312] RM 1831, S. 362.



Das Kaltwasserbad «Quellenthal» zwischen Oekingen und Kriegstetten. (Heimatmuseum Halten)

Noch im gleichen Jahr wurde ihm die Erlaubnis erteilt, «den Badegästen warme Speisen aufzusetzen und dieselben zu logieren»[313]. So wurde dank Zieglers Initiativgeist Oekingen zum erstenmal in seiner Geschichte über die nähere Umgebung hinaus bekannt. Bad und Schenke erfreuten sich eines regen Zuspruchs auch von Baslern, denen wohl die Forellen aus der Oesch besonders gut mundeten[314]. 1836 wird Oekingen folgendermassen beschrieben: «Im nahen Dörfchen Oekingen, am Oeschbach gelegen, steht die berühmte Papiermühle von Benedikt Ziegler. Dieser wusste in die sonst öde Ortschaft ein reges Leben zu bringen. Die neue Maschine ist in voller Thätigkeit. Mehrere Gebäulichkeiten erhoben sich in den letzten Jahren; ein neues Bad mit 12 Badkästen wurde eingerichtet, das aus der ganzen Umgegend und von Solothurn her ungemein starken Zuspruch hat. Auch die Schützengesellschaft hat ihr Daseyn Herrn Ziegler zu verdanken; der nahe Schützenplatz, der zahlreich besucht wird, die schönen Gartenanlagen, die blühende Obstbaumkultur, die Einrichtungen in der Papiermühle sowohl, als im Badhause selbst,

[313] RM 1831, S. 449.
[314] *Jäggi/Ingold,* Sol. Wasseramt, S. 97.

fröhliche Tanzpartien und so fort sind ganz geeignet, die Badgäste angenehm zu unterhalten und zeugen von der ausserordentlichen Gewerbsthätigkeit dieses Mannes.»[315]

Auch einige Jahre später schildert ein Reisebericht Oekingen als «kleinen Weiler» mit Sitz der Papiermühle, die «so wie die trefflich eingerichtete Kaltwasserheilanstalt (genannt Quellenthal) (...) mit allen ihren hübschen Anlagen sehenswerth» ist[316]. Selbst Jeremias Gotthelf liess es sich nicht nehmen, Jakobli, den Sohn des Hansli und der Anne Bäbi Jowäger, nach Kriegstetten «auf die Gschaui» (um ein Mädchen kennenzulernen) zu schicken: «Baden sei immer gut, sagte es [Anne Bäbi], und öppis müsse doch gehen. Es düechs, es möchte einist auf Kriegstetten, es hätte schon viel davon gehört.»[317] Als sie dann bei der Badanstalt angekommen waren, «bettete es [Anne Bäbi] den Jakobli in ein heisses Bad, nahm Hosen, Strümpfe und Schuhe und machte sich damit zum Brunnen. Die Badjungfrau bot ihre Dienste an, aber Anne Bäbi sagte, es mache solches lieber selbst; es war ihm halt ums Trinkgeld»[318].

Die Anlage Zieglers muss tatsächlich imposant gewesen sein; sie bestand aus Wohnhaus, Papierfabrik mit Maschinen, Holz- und Waschhaus, Badhaus und Keller, Wirtshaus, einem weiteren Wohnhaus mit Scheune und Anbau, Gebäude mit Brennerei und Wasserwerk, einem dritten Wohnhaus, Gebäude mit Stallung, Magazin und Werkstätte. Dies alles besass Mitte des 19. Jahrhunderts einen geschätzten Wert von über 245 000 Franken; davon waren aber 200 000 Franken von Hypotheken gedeckt, die Basler Familien gehörten. Die grössten Geldgeber waren Eduard Bernoulli, namens einer Unterstützungskasse der Missionsgesellschaft und einer nicht näher umschriebenen Verwaltung mit zweimal 20 000 Franken, und der Basler Ratsherr Peter Merian mit 15 000 Franken[319].

Ab 1865 scheint dann der Niedergang der Papierfabrik eingesetzt zu haben, ein Niedergang, der durch einen Brand im Jahr 1866 noch beschleunigt wurde. 1868 sollen sich gar «dubiose Elemente, ein Italiener und ein Graubündner», die der Fabrikation von Falschgeldnoten verdächtigt wurden, dort eingenistet haben[320]. Zwar erzählte Josef Schär, ein ehemaliger Arbeiter der Papierfabrik später, die Fabrik habe bis 1870 noch in vollem Betrieb gestanden, die Magazine

[315] *P. Strohmeier,* Kt. Solothurn, S. 224.
[316] *J. Hofstätter,* Aus Berg und Thal 1864.
[317] *J. Gotthelf,* Anne Bäbi Jowäger I, S. 141.
[318] Ebda, S. 146.
[319] Hypothekenbuch Halten 1838 ff., S. 411.
[320] *F. Schwab,* Industrielle Entwicklung, S. 529.

seien voller Papier und «nach sechs Wochen alle Vorräte verkauft und Aufträge die Menge vorhanden gewesen»[321]; dennoch geht aus den Gebäude-Versicherungssummen deutlich hervor, dass der Wert der Anlage abzunehmen begann. 1872 musste der Wert der Badeeinrichtung «wegen Zerfall» herabgeschätzt werden[322]. Modernisierungen blieben aus, so dass die erst 1865 in Betrieb genommene Papierfabrik Biberist die Zieglersche Unternehmung auf die Dauer aus dem Rennen warf. 1881 übernahmen schliesslich die Basler Gläubiger das Grundstück und legten den Betrieb im Winter 1881/82 still. Das Bad «Quellenthal» hatte bereits früher seine Pforten geschlossen. 1886 kaufte Josef Müller, ein Schraubenfabrikant aus Solothurn, das ganze Werk um noch 50000 Franken. Das alte Bad schenkte er dann 1893 als Heim der «Anstalt für schwachsinnige Kinder in Kriegstetten»[323].

6. Es werde Licht! – Der elektrische Strom in Oekingen

Die Zeit der Öllampen und der Dampfmaschinen neigte sich ihrem Ende zu, als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die elektrische Stromerzeugung und Kraftübertragung zu funktionieren begann. Wie schon so oft zuvor spielten die Oesch und die Einrichtungen der alten Papierfabrik auch damals eine wichtige Rolle, als dem Schraubenfabrikant Josef Müller aus Solothurn 1886 die erste elektrische Kraftübertragung Europas gelang[324]. Müller hatte die zerfallenden Gebäude und Installationen an der Oesch gekauft, um die Oesch-Kraft für seine Fabrik bei Solothurn ausnutzen zu können[325]. Mit Konzession der Regierung wurden 1886 die Arbeiten zur Errichtung der ca. sieben Kilometer langen Überlandleitung begonnen; Ende desselben Jahres trat die elektrische Kraftübertragung Oekingen/Kriegstetten–Solothurn in Funktion. Mit Hilfe von Maschinen der Werkzeug- und Maschinenfabrik Oerlikon wurden die etwa 30 Pferdestärken der Wasserkraft der Oesch in elektrische Energie umgewandelt. Aus den zeitgenössischen Berichten zu dieser Anlage hört man deutlich heraus, wie die Leute irgendwie fühlten, dass die Elektrizität die Kraft der Zukunft sein würde: «Da die Elektromotoren

[321] Zitiert in *W. Brunner,* Die erste elektrische Kraftübertragung, S. 71.
[322] Hypothekenbuch Halten 1838ff., S. 411.
[323] *W. Brunner,* Die erste elektr. Kraftübertragung, S. 72.
[324] *W. Brunner,* Die erste elektrische Kraftübertragung.
[325] Siehe Kap. «Papierfabrik».

erfahrungsgemäss relativ wenig Unterhalt erfordern, so werden grössere kraftübertragende Etablissemente Dampfmaschinen und die rasch sich abnützenden kostspieligen Drahtseile in nicht allzuferner Zeit ausser Betrieb setzen und Elektrizität als bewegende Kraft benützen (...) Kurzum, wir stehen im Betriebe unserer Industrie neuen, bis vor wenigen Jahren unbekannten Verhältnissen gegenüber, welche voraussichtlich in politischer und volkswirtschaftlicher Beziehung für unser Vaterland von höchster Bedeutung sind.»[326] Bis 1908 blieb die Maschine auf der Biblizmatte ohne Unterbruch in Betrieb, bis Wasserkraft und Zubehör von den Ludwig von Rollschen Eisenwerken gekauft wurden, welche den Betrieb vergrösserten und modernisierten[327].

Die Fabrikunternehmer bedienten sich sehr bald dieser neuen Kraft; für die Menschen auf dem Land blieb sie aber noch lange Zeit etwas Unbekanntes, vielleicht auch etwas Unheimliches. Walter Brunner, der Autor des Berichts über die erste elektrische Kraftübertragung, erinnert sich, wie er als Junge «mit Ehrfurcht» an der Schalttafel vorbeigegangen sei und «stundenlang dem Funkenspiel» zugeschaut habe. Für ihn tönten die Geräusche der Generatoren wie «geheimnisvolles Singen»[328].

1898 wurde Luterbach als erste Landgemeinde an das Stromnetz der AEK (Aare-Emmen-Kanal) angeschlossen[329]. Fünfzehn Jahre später sprach man auch in Oekingen darüber, ob nur das Schulhaus oder aber das ganze Dorf eine elektrische Beleuchtung erhalten sollten oder nicht. Dieser Vorschlag fand nicht allerseits Zuspruch. An der Gemeindeversammlung vom 16. März 1913 meinte Oskar Gasche, man solle noch zuwarten; der Lehrer Eduard Dreier hingegen erwiderte ihm, dass «das Elektrische in einer Gemeinde ohne die Dorfbeleuchtung einer Sache ohne Kopf» gleiche. Mit grossem Mehr beschloss man schliesslich, die Gemeinde als Genossenschaftsmitglied der AEK beitreten zu lassen[330]. Am 25. Juli 1913 einigte man sich auf eine Dorfbeleuchtung mit sieben Lampen, die dann an folgenden Orten befestigt wurden[331]:

1. Strassenkreuzung bei Josef Affolter
2. Käserei-Brücke
3. Vor dem Haus des Schneiders Peter Müller

[326] Zitiert in *W. Brunner,* Die erste elektr. Kraftübertragung, S. 73f.
[327] Ebda., S. 74.
[328] *W. Brunner,* Die erste elektrische Kraftübertragung, S. 74.
[329] *Jäggi/Ingold,* Sol. Wasseramt, S. 60f.
[330] Gemeindeversammlungs-Protokoll vom 16. 3. 1913.
[331] Ebda., vom 25. 7. 1913.

4. Schulhaus-Brücke
5. Bei Martin Pfeiffer
6. Bei Josef Gasche, Sattler
7. Bei Johann Ritter

Man kann sich lebhaft vorstellen, wie ganz Oekingen auf den Beinen war und auf den Moment wartete, da die Glühbirnen zum erstenmal zu brennen begannen. Manche werden wohl gedacht haben, dass nun auch in ihrem Dorf das neue technische Zeitalter endgültig Eingang gefunden habe.

7. Die Entstehung der heutigen Gemeinde

7.1 Vorgeschichte

Erst auf Druck der neuen Bundesverfassung von 1874, die das Stimmrecht der Niedergelassenen in Gemeindeangelegenheiten festsetzte, ging auch der Kanton Solothurn seit 1877 dazu über, neben den bestehenden Bürgergemeinden Einwohnergemeinden zu schaffen. Dies bedeutete einen wichtigen Schritt in Richtung dörfliche Demokratie. Kaum 50 Jahre früher, als die alte Obrigkeit die fortschrittlichen Neuerungen der Französischen Revolution wieder rückgängig gemacht hatte[332], hatte man unter dörflicher Mitbestimmung und politischer Mitbeteiligung noch etwas ganz anderes verstanden, wie am Beispiel einer Grossratswahl aus dem Jahre 1827 gezeigt werden soll:

Eine obrigkeitliche Verordnung vom 18.12. 1817 sah vor, dass jede Gemeinde ihre zehn ältesten und zehn reichsten Bürger anzugeben hatte. Daraufhin wurden die zehn Ältesten und die zehn Meistbegüterten der ganzen Amtei festgestellt und durch das Los auf je fünf reduziert. Zusätzlich wurden aus der Gesamtheit der wahlfähigen Ortsbürger der Amtei fünf weitere Wahlmänner gelost. Urs Joseph Affolter aus Oekingen, der mit seinen 68½ Jucharten (= ca. 25 ha) Land 1827 der drittreichste Mann der Amtei Kriegstetten war, gehörte zur Gruppe der fünf ausgelosten Reichen. Zur Gesamtheit der Wahlberechtigten einer Gemeinde gehörte, wer

a) ein Gemeindebürgerrecht im Wahlkreis besass und auch dort wohnte
b) das 20. Lebensjahr zurückgelegt hatte
c) unabhängigen Standes war, also nicht als Knecht, Geselle oder Dienstbote «an eines anderen Muss oder Brot» stand.

[332] Von 1815–1830. Man nennt diese Zeitspanne die Zeit der «Restauration».

Von den Wahlversammlungen waren auch Verpfändete, Bettler und im öffentlichen Almosen Stehende ausgeschlossen. Wie man sieht, ein nicht sehr demokratisches Wahlsystem.

Erst als die Liberalen 1831 in Solothurn die Macht übernahmen, begannen sich die Verhältnisse zu ändern. Sie beliessen zwar die Einheitsgemeinde (nur die Bürgergemeinde), integrierten diese aber als unterste Stufe in das staatliche Behördensystem[333]. Die Neuregelung ging davon aus, dass jeder Gemeindebürger sich politisch betätigen und ein Anrecht auf die Nutzungsgüter Wald und Allmende haben sollte. Die Gemeindeversammlung wählte den Gemeinderat (vier Gemeinderäte) auf die Dauer von sechs Jahren; nur der Ammann wurde wie bisher von der Regierung bestimmt. Die früheren gerichtlichen Funktionen der Gemeinde (Steigerungs- und Schuldenwesen, Verkäufe) gingen nun auf Amtsgerichte und Amtsschreibereien über.

Trotzdem änderte das neue Gemeindegesetz nicht viel an den sozialen Verhältnissen im Dorf. Die vorher «Tauner» genannten landlosen Dorfbewohner wurden nun zwar wie die Bauern ebenfalls als «Bürger» bezeichnet, auch konnten sie an den Gemeindeversammlungen teilnehmen, aber was nützte ihnen das, angesichts der Tatsache, dass die Gemeindevorsteher die gleichen wie vorher blieben? An der Spitze der Gemeinde (Ammann, Statthalter, Friedensrichter) änderte sich nichts, da diejenigen Familien, die schon während des 18. Jahrhunderts solche Ämter innegehabt hatten, diese auch weiterhin bekleideten. Für die ärmere und damit politisch immer noch einflusslose Dorfbevölkerung hiess dies, dass ihre Interessen nicht oder nur ungenügend wahrgenommen und vertreten wurden, wie zum Beispiel 1834, als es um den Verkauf eines bestimmten Stückes Land ging: Dieses war nämlich den ärmeren Oekinger Bürgern zugeteilt worden, als der allgemeine Weidgang abgeschafft worden war. Der Weidgang auf Feldern, Allmendland und im Wald, der es der armen Dorfbevölkerung ermöglicht hatte, eine Kuh und ein paar Schweine zu halten, war schon seit dem Ende des 18. Jahrhunderts mehr und mehr in Verruf gekommen. Die Bauern begannen, den Weidgang als landschädigend und die Weidrechte als ein Hemmnis für die Einführung einer modernen und produktiven Landwirtschaft zu betrachten. Überall dort, wo die allgemeine Weide daraufhin abgeschafft wurde, konnte das Land von den einzelnen Bauern besser nach den eigenen Vorstellungen genutzt werden. Als Ersatz für die verlorenen

[333] Zur geschichtlichen Entwicklung der Bürgergemeinde siehe *P. Jäggi,* Die sol. Bürgergemeinde.

Weidgangrechte erhielten die Tauner ein Stück Land zum Gemüsepflanzen. Ein solches Landstück sollte nun 1834 zugunsten eines neu zu errichtenden Schulfonds verkauft werden. Zehn «arme Bürger» Oekingens fühlten sich dadurch übergangen und reichten daraufhin der Regierung folgende Klageschrift ein: «Die Bittsteller beschweren sich sehr darüber, dass die Gemeindsvorgesetzten von Oekingen anstalten treffen, das ihnen als Entschädigung des ehemaligen Weidrechtens zur Benutzung zugetheilte Allmendland, nämlich eine halbe Jucharte jedem Bedürftigen, zum behuf der Bildung des dortigen Schulfonds zu verkaufen, so zwar, dass auf diese Weise die ärmere Classe der Bürger, der bis dahin als Entschädigung genossenen Mittel um sich Lebensmittel zu pflanzen, beraubt würde.»[334] Sie verlangten, dass die Regierung ein Verkaufsverbot ausspreche, was jedoch nicht erfolgte.

Mit der Einführung des neuen Gemeindegesetzes 1831 blieben vorderhand noch zwei wichtige Problembereiche ungelöst, die in der Gemeinde zu einigen Spannungen führten. Zum einen ging es um die Nichtgemeindebürger, die An- oder Hintersassen, die weiterhin nicht an den Gemeindsgeschäften teilnehmen konnten; zum anderen um die Frage der Nutzung des Waldes und des Allmendlandes.

7.2 Das Ansassenproblem

Auch nach 1831 bildeten die Ansassen innerhalb der Gemeinde eine unterprivilegierte Gruppe, deren Aussenseiterdasein durch die jährliche Bezahlung des sogenannten «Ansassengelds» an die Gemeinde untermauert wurde. Gerade diese mit Recht als Sondersteuer empfundene finanzielle Mehrbelastung einzelner Kantonsbewohner entwickelte sich zum Stein des Anstosses, der verschiedene Ansassen aus der Amtei Kriegstetten dazu veranlasste, der neuen liberalen Regierung eine Petition einzureichen[335]. Unterschrieben wurde sie auch von folgenden in Oekingen wohnhaften Ansassen: Philipp Glutz, Joseph Scheidegger, Josef Strub, Mauritz und Jakob Kaufmann, Johannes Meyer, Jakob Kislig, Josef Schläfli.

Die Ansassen schrieben in ihrer Bittschrift, dass sie von der neuen Verfassung, die ihnen Rechtsgleichheit und freie Niederlassung versprochen hatte, auch eine Abänderung in bezug des drückenden Ansassengelds erhofften. Sie beschwerten sich, dass in dieser Sache noch nichts geschehen sei und deshalb die Gefahr bestehe, dass durch ihr Stillschweigen «am Ende eine Art Anerkennung dieser Ab-

[334] Kriegstetten-Schreiben 1834–35, S. 295.
[335] Ebda., S. 53ff.

gabe» erfolge. Welche Gründe führten sie gegen das Ansassengeld ins Feld?

Erstens stellten die Antragsteller fest, dass sie, obwohl sie in ihren Wohngemeinden im Besitz von teuer erworbenen Nutzungsrechten (Rechtsamen) waren, kein Anrecht bei Landverteilungen (zum Beispiel Rüttenen) ansprechen durften, da solches nur den Bürgern zustand. Zweitens wurden sie, obwohl Nichtbürger, trotzdem von den Gemeinden bei der Errichtung von Strassen und Brücken, beim Bau von Schulhäusern, beim Kauf von Feuerspritzen und bei allgemeinen Reparationen zu finanziellen und Arbeits-Hilfeleistungen herangezogen. Dagegen hätten sie an sich nichts einzuwenden, «nur erlauben wir uns Ihnen zu sagen, dass das Wort fremd und Fremder, der täglich in unseren Ortschaften gegen uns, die wir Unterzeichnete alle Kantonsbürger sind, und einige davon nicht ¼ Stunde weit von ihrer ortbürgerlichen Einung weg wohnen, geschleudert wird, dass dieses Wort uns im Lande der Freiheit sehr misstönt.» Warum, wollten sie wissen, mussten sie Geld bezahlen, ohne dafür eine Gegenleistung zu erhalten? Und warum sollte es einem mittellosen Mann und seiner Familie nicht möglich sein, in einem andern Dorf Arbeit zu finden, ohne gleich mit dieser Ansassen-Abgabe, die er vielleicht gar nicht bezahlen konnte, belastet zu werden? «Die Ansassen der Amtei Kriegstetten haben in ihrem Wohnort durchaus keinen Vortheil zu beziehen, als allenfalls die Luft dieser Einung zu athmen, und sind an einigen Orten noch sehr zurückgedrängt und haben nicht einmal mit den Ortsbürgern gleiche Rechte in der Kirche.» Deshalb verlangten sie von der Regierung:

a) Revision der Hintersassentaxe, damit sie entweder ganz abgeschafft oder doch zumindest bedeutend vermindert werde.
b) Das Ansassengeld soll bis zum Erscheinen des neuen Gesetzes eingestellt werden.

Das Ansassenproblem konnte aber erst mit der Bildung der Einwohnergemeinde vollständig gelöst werden.

7.3 Der Rechtsamestreit: «Dr arm Ma brucht au Holz.»

Das neue liberale Gemeindegesetz bestimmte, dass jeder Gemeindebürger ein Anrecht auf gleiche Wald(Holz)- und Allmendnutzung haben sollte. Dies gefiel aber den bisherigen grossen Nutzniessern (Rechtsamebesitzern) gar nicht, da sie ihre alten Vorrechte aufgeben sollten. Aus diesem Grund wurde die Frage, ob der Wald Gemeindegut oder Eigentum der Nutzungsrechtsbesitzer sei, zur Bewährungsprobe für die neue Gemeinde.

Mit der Zunahme der Haushaltungen und der holzfressenden Betriebe (Papierfabriken, Eisenverarbeitung, usw.) im 19. Jahrhundert

hatte sich die Versorgungslage im Holzbereich immer mehr zugespitzt. Da aber die Holznutzung in Oekingen nicht jedem Dorfeinwohner zustand, sondern, wie wir in einem früheren Kapitel gesehen haben, an den Besitz eines Rechtsameanteils gebunden war, gab es immer mehr Familien, die praktisch nicht beholzt wurden. Was dies bedeutete, ist klar: Frieren im Winter und keine Möglichkeit, das Essen zu kochen; auch Reparaturen an Haus und Werkzeug benötigten Holz; grosse Holzmengen brauchten die handwerklich Tätigen, die Zimmerleute, Schuster usw. «Holz ist ein so notwendiges Lebensbedürfnis als Brot», klagten sie in ihren Bittschriften. Üblicherweise erlaubten ihnen die Rechtsamebesitzer, dürres und schlechtes Holz aufzulesen.

Woher sollten diese Menschen sonst das nötige Holz beschaffen? Auf dem Holzmarkt kostete 1835/36 das Klafter buchenes Holz zehn, ein Klafter tannenes noch sechs Franken[336], eine Geldsumme, die für eine arme Familie nicht so leicht aufzubringen war, wenn man bedenkt, dass für die jährliche Mindest-Bedarfsdeckung einer Haushaltung 3–4 Klafter nötig waren. Vielen blieb deshalb nichts anderes übrig, als den eigenen Obstbaum umzuhauen oder, die bestehenden Gesetze übertretend, zu freveln, das heisst, in der Nacht in den Wald zu gehen und Holz zu schlagen, ständig der Gefahr ausgesetzt, vom Förster oder Waldbesitzer erwischt und vor Gericht gestellt zu werden. Am 12. Mai 1823 war der Schuster Antoni Scheidegger vom Bannwart erwischt worden, wie er ohne Erlaubnis im Eigentumswald Peter Fuhrers, in den «Eichen» gelegen, «dühre Erli» schlug und mit diesen «ein Bürdi gemacht, das ein Mann mag ertragen». Auch Theresia Scheidegger wurde festgenommen, als sie im Rechtsamewald in den Eichen unter der Oehli in einem jungen Schlag Holz schlug, und zwar eine etwa 2,4 m hohe Tanne und noch verschiedene Äste unterschiedlichen Holzes[337].

Diese in allen Dörfern von Bucheggberg-Kriegstetten vorherrschenden Verhältnisse werden gut durch ein Gedicht eines gewissen M. Affolter illustriert[338]:

[336] *P. Strohmeier,* Solothurn, S. 87.

[337] Kriegstetten-Akten, Mappe 1820–58.

[338] *M. Affolter,* Der Rechtsamestreit.

«Der Rechtsamestreit im Kanton Solothurn» von M. Affolter.

En arme Ma, der goht i Wald,
Deheime isch si Ofe chalt,
Und d'Kinder hei kei Wärmi meh,
Das cha das Vaterherz nit g'seh.

Und wo si Ax druf schallt im Wald,
So chunt e rechtsam B'sitzer bald,
Und cha vor Il nit schnufe schier,
Fot z'brüele a as wie ne Stier:

«Wer het di g'heisse, z'holze do?
I säg, los si enanderno!»
Und het druf tho a wie nes Vieh,
S'isch wäger doch e Amme g'si.

So seit der Arm jetz druf zum Rich:
«I ha g'meint, s'Menscherecht sig glich,
Der Herrgott heig das Holz jo do
Für Arm' und Richi wachse loh.

Herr Amme, sit doch nit so stolz,
Und denkt, der arm Ma brucht au Holz,
I ha doch g'meint für mini Chind
Das Bizli Holz z'näh, sig kei Sünd.»

Druf seit der Rich zum arme Ma:
«Was gö mer dini Chinder a!
Und chunst mer einisch no i Wald,
So macht di do mis Messer chalt.»

Der Arm luegt druf zum Himmel uf,
Der Rich nimmt jetzt e Prise druf,
Und butzt si Tubackschnöre ab,
Dem Arm' lauft s Wasser Backe nab.

Der Amme, nur vom G'meinguet dick,
Seit druf zum Arm' mit nassem Blick:
«Du sollst mer nümme holze do,
Jetzt pack di furt enander no!»

Der muess mit leere Hände hei,
Und wo ner seit de Chindere chlei,
Dass er keis Fürli mache cha,
Fö alli zähme z'grine a.

So goht es zue, es isch e Schand;
Die Dorfmagnate ufem Land
Wei alles ha in ihre Chröpf
Und lachen us die arme Tröpf.

Woher si denn die Rechthüm cho?!
Der werdes köre nanderno;
Doch wenn mer's recht betrachte thuet,
So isch es doch nur g'stohlnis Guet.

Und wenn's die Meiste hei a kauft,
So mit das lings jetz Rechthum tauft,
So isch es doch z'erst G'meinguet g'si,
Selb soll doch nie verüssert si –!

Drum hei mer no e bösi Zit,
Und alles Rede hilft halt nüt;
Der Rich steckt d'Händ i Hosesack
Und seit de n'Arme: «Lumpepack!!»

Ihr Herre im Regierungs-Roth,
Denkt no n'mol a nüsi Noth,
Es Opfer z'gäh, wär's au nit z'viel,
So wär de ganze Lärme still.

Mit der Einführung der neuen Gemeinde 1831 kam nun der schon seit langem schwelende Streit um die Holzverteilung offen zum Ausbruch. Auf der einen Seite standen die Bauern und grossen Waldnutzniesser, auf der anderen diejenigen, die, obschon sie Gemeindsbürger waren, keinen (oder nur einen sehr kleinen) Rechtsamebesitz aufwiesen und deshalb kein oder nur ein sehr geringes Beholzungsrecht besassen. Diese sogenannten «Nichtrechtsamebesitzer» begrüssten natürlich die Idee der Bürgergemeinde mit ihrem bürgerlichen Beholzungsrecht, da sie den Wald als «G'meinguet» und nicht, wie die Bauern es taten, als Privateigentum betrachteten: «I ha g'meint, s'Menscherecht sig glich, der Herrgott heig das Holz jo für Arm' und Richi wachse loh.»
Die nun folgende Liste aus dem Jahre 1840/41 führt alle Oekinger

auf, die einen Rechtsameanteil besassen und dadurch dazu berechtigt waren, Holz nach Massgabe ihrer Nutzungsrechtsgrösse zu beziehen: Je grösser die Holzrechtsame, desto grösser der Holzanteil.

Die Rechtsamebesitzer Oekingens und die Grösse ihres Anteils 1841[339]

Namen:	Rechtsamenzahl:
1. Josef Affolter, Gemeindestatthalter	1
2. Peter Fuhrer, Gemeinderat	1
3. Urs Josef Gasche	10/16
4. Johann Gasche, Gemeindeammann	9/16
5. Josef Gasche, Johanns sel.	9/16
6. Niklaus Gasche, Johanns sel.	9/16
7. Niklaus Josef Gasche, Johanns sel.	9/16
8. Niklaus Josef Gasche, Josefs sel.	9/16
9. Johann Gasche, Josefs sel.	9/16
10. Urs Affolter von Niedergerlafingen	8/16
11. Jakob Kaufmann von Obergerlafingen	8/16
12. Stephan Gernhart von Sempach	8/16
13. Witwe Barbara Müller	8/16
14. Niklaus Josef Müller	6/16
15. Urs Josef Müller der untere	6/16
16. Urs Josef Müller der obere	5/16
17. Niklaus Müller	5/16
18. Johann Sieber	4/16
19. Xaver Sieber	4/16
20. Moritz Schläfli, Gemeindeschreiber	4/16
21. Josef Gasche, Jakobs sel.	3/16
22. Kaspar Gasches sel. Erben	2/16
23. Witwe Barbara Scheidegger	2/16
24. Margrithe Ernst	2/16
25. Philipp Winistörfer sel.	2/16
26. Josef Meyer	2/16
27. Kaspar Sieber	2/16
28. Urs Josef Stampfli	2/16
29. Friedrich Ruch sel.	2/16
30. Heinrich Scheidegger sel.	1/16
Total Rechtsamebesitzer: 30 Total Rechtsamen: 11¾	

Bei genauerer Betrachtung der Aufstellung fällt auf, dass die neun grössten Rechtsamebesitzer (= 30% aller Rechtsamebesitzer) über 50% aller Rechtsamen innehaben, nämlich sechs, und damit mehr als die Hälfte des Holzes unter sich aufteilen. Zu diesen neun gros-

[339] RR-Akten 1841, Rubr. 100, Nr. 5b.

sen Besitzern gehören ausschliesslich die alteingesessenen Vollbauern der Affolter, Gasche und Fuhrer. Andererseits haben die 13 kleinsten Nutzungsrechtsbesitzer (Nrn. 18–30), die 43% aller auf der Liste Aufgeführten entsprechen, nur einen Nutzungsrechtsanteil von etwas mehr als 17%. Wie man sieht, praktizierte man eine sehr ungleiche Verteilung der Holzrechte. Etwa 1/8 des Holzertrags ging zudem an auswärtige Besitzer (Nrn. 10–12).

In den Jahren 1840/41 kam es in Oekingen zu einem Vertrag zwischen den Rechtsamebesitzern und der Bürgergemeinde (die die Interessen der Bürger ohne Nutzungsrecht zu vertreten hatte), um die Aufteilung und Ausscheidung der gegenseitigen Rechte am Wald vorzunehmen und damit den langjährigen Konflikt zu beenden[340]. So weit, so gut, könnte man meinen: aber wer vertrat denn die Bürgergemeinde bei den Vertragsverhandlungen? Bürgerammann war Johann Gasche, sein Statthalter Josef Affolter und Gemeinderatsmitglied war Peter Fuhrer, alles grosse Rechtsamebesitzer, wie man aus der Liste herauslesen kann. Wen wundert es, wenn der Vertrag schliesslich für die Rechtsamebesitzer sehr günstig ausfiel? Vertraglich festgesetzt wurde, dass der 167,5 Jucharten (ca. 67 Hektaren) enthaltende Oekinger Wald so aufzuteilen war, dass den Rechtsamebesitzern 84 Jucharten als Privatwald und der Bürgergemeinde 83½ Jucharten als Gemeindewald zufielen.

Die ehemaligen Rechtsamebesitzer erhielten als Privatwald zugesprochen:

a) die oberen Jungeichen im Unterholzwald (ca. 27¾ Ju)
b) den alten Tanneinschlag (ca. 56 Ju)

Diese zwei Waldbezirke sollten unter die Berechtigten verlost und dann ausgeschieden werden, «und auf Verlangen jedem einzelne seine Ansprache ausgemarket werden, das so, dass jeder am Feldweg oder an eine Strasse anstösst.» Ferner sollten sie unter dem Namen «Eigentums-Unterhölzer» ins Grundbuch eingetragen und nur mit staatlicher Bewilligung urbarisiert werden.

Der neue Bürgerwald bestand hingegen aus:

a) den Eichen (ca. 30 Ju), an die Horriwiler Einung stossend,
b) dem Zinzibrunneinschlag (ca. 7¾ Ju), in Richtung Haltener Wald,
c) den Unteren Jungeichen und dem Neueinschlag in den Unterhölzern und an das Höchfeld grenzend,
d) den Äusseren Jungeichen in den Unterhölzern, an die Hersiwiler Matten stossend.

[340] RR-Akten 1841, Rubr. 100, Nr. 5 b.

Für den Gemeindewald wurde noch besonders bestimmt:

a) Es darf nur nach dem Aufwuchs geholzt werden.
b) Ein in der Gemeinde bei «Feuer und Licht» sitzender (das heisst, eine Haushaltung führender) Bürger hat das Recht, beholzt zu werden. Er ist aber dazu verpflichtet, zusammen mit den anderen den Wald «auszuputzen und 1000 Tannli zu setzen».

Dank dieser Waldaufteilung hatte von nun an jeder Bürger ein vertraglich fixiertes jährliches Beholzungsrecht von ungefähr 1½ Klaftern. Weiterhin kein Anrecht auf Bürgerholz hatten die Ansassen, die Einwohner Oekingens ohne Bürgerrecht, die um 1840 etwa 23 Haushaltungen (von insgesamt 55 Haushaltungen) ausmachten. Für sie blieb das Beholzungsproblem weiterhin ungelöst, wenn sie nicht so finanzkräftig waren, sich in die Gemeinde einzukaufen.

Mit wieviel Holz konnte ein Bürger fortan jährlich rechnen? Nehmen wir als Beispiel Peter Fuhrer, der vor der Waldausscheidung eine ganze Rechtsame besessen hatte, Johann Sieber mit ¼ Rechtsamen und Johannes Mengel, der überhaupt keinen Nutzungsanteil besessen hatte[341].

Drei Beispiele von Holzzuteilungen um 1842

	Peter Fuhrer	*Johann Sieber*	*Johannes Mengel*
Anteil aus Privatwald	6 Klafter	1½ Klafter	–
Anteil aus Bürgerwald	1½ Klafter	1½ Klafter	1½ Klafter
Total Klafter	7½ Klafter	3 Klafter	1½ Klafter

Da ein ehemaliger Rechtsamebesitzer, nebst dem Ertrag seines Privatwaldanteils, als Bürger auch auf den Anteil aus dem Gemeindewald ein Anrecht hatte, verteilte sich das Holz auch nach der Waldaufteilung auf sehr ungleichmässige Weise. Johann Mengel und andere vordem Rechtsamelose wurden trotz Bürgerholz immer noch ungenügend mit Brennholz versorgt. Wegen der wachsenden Anzahl ihrer Bürger trachtete die Bürgergemeinde später danach, Waldstücke Privater aufzukaufen und in den Gemeindewald zu integrieren.

7.4 Die Schaffung der Einwohnergemeinde

a) Notizen aus einigen Gemeinderechnungen

Seit dem Waldvertrag war die Bürgergemeinde nicht mehr nur eine Gemeinde auf dem Papier, sondern sie besass nun mit ihrem Wald-

[341] RR-Akten, Rubr. 100, Nr. 5 a, b.

anteil auch ein Gemeindevermögen, zu dem dann noch Armen- und Schulfonds hinzukamen. Ein kurzer Blick in die Gemeinderechnungen zeigt, mit welchen Dingen sich die Bürgergemeinde damals zu beschäftigen hatte[342]:

Beginnen wir mit der ältesten archivierten Gemeinderechnung von 1842 (siehe Abschrift): Wie man daraus sieht, handelt es sich noch um eine sehr bescheidene Rechnung, in der die Ausgaben überwiegen. Eine einzige Einbürgerung brachte allein mehr als die Hälfte aller Einnahmen ein! Bei den Ausgaben ist die 1840/41 vorgenommene Waldausscheidung zwischen den Rechtsamebesitzern und der Bürgergemeinde vermerkt.

Erste Gemeinderechnung von 1842

	Eingang Fr. Rp.	Ausstand Fr. Rp.
Einnahmen		
– Kapitalien	26.99	32.77
– Liegenschaften, Pachtzinsen (z.B. Zuchtstiermatte, Strassenabschnittszinse, Rüttizins)	49.90	13.60
– Weidtaxen	–	–
– Holztaxen	41.25	–
– Ansassengeld (von 16 Personen)	20.–	7.–
– Tellen*/Bussgelder	–	–
– Verschiedenes	45.70	1.–
– Urs Affolter: Einkaufstaxe	320.–	–
Total Einnahmen	*503.84*	*54.37*
* Telle = ausserordentliche Steuer		
Ausgaben		
– Kapitalschulden/Zinsen	13.67	
– Baukosten (Reparatur von Brücken usw.)	27.80	
– Gehalte (Schaffner, Gemeindeschreiber, Verwalter)	45.–	
– Verschiedenes, (Reisegelder nach Amerika, Waldausscheidungskosten, Taggelder, Hebammengeld)	206.50	
– Anlegung von Kapital	330.31	
Total Ausgaben	*623.28*	

Als Gemeindevermögen wurde unter anderem angegeben: 33600 Franken für den nachhaltigen Ertrag des ca. 84 Jucharten umfassenden Gemeindewaldes, 4500 Franken für die Allmenden und Rüttenen (ca. 9 Ju), ungefähr 5000 Franken von Schul- und Armenfonds. Schauen wir uns als nächste Gemeinderechnung diejenige von 1870

[342] Gemeinderechnungen von 1842, 1870, 1910, 1917, 1923.

an: Unter den Einnahmen stellen nun die Steuern (mit fast 70% aller Einnahmen) den grössten Posten zur Deckung des Gemeindehaushaltes dar. Auf der anderen Seite lässt sich eine deutliche Zunahme der Ausgaben für Gehälter verzeichnen, dennoch bleibt die Gesamtbilanz positiv. Machen wir nun einen Sprung von 40 Jahren! 1910 standen die Hebamme mit 28 Fr., der Gemeindeschreiber mit 35 Fr., der Dorfweibel mit 75 Fr. und der Zivilstandsbeamte mit 54.35 Fr. auf der Gehaltsliste. Ferner wurden für die Bezirksschule Kriegstetten 130 Fr., für die Haushaltsschule Kriegstetten 45 Fr. und für die ebenfalls in Kriegstetten befindliche gewerbliche Fortbildungsschule noch 10 Fr. eingesetzt. Die Ausgaben für den eigenen Schulfonds betrugen 2050 Fr. Die steuerlichen Einnahmen machten etwa 60% aller Einnahmen aus.

Im Kriegsjahr 1917 fallen folgende Ausgaben auf: Gehalt für den Aktuar der Fürsorgekommission und der Brotkartenstelle (Rationierungskarten), Notstandsaktionen, unter anderem Stroh- und Heulieferungen an das Armen-Fouragebureau in Biel, Notunterstützung für bedrängte Familien, die durch den geringen Sold des Vaters nicht leben konnten (eine Erwerbsersatz-Ordnung gab es damals noch nicht), Ausgaben für Militärmietpferde. Nach dem Kriegsende breitete sich eine grosse Arbeitslosigkeit aus, die sich auch in Oekingen auswirkte: 2652 Fr. musste die Gemeinde 1923 für die Arbeitslosenunterstützung aufwenden[343], zudem wurde in Notstandsaktionen verbilligte Milch abgegeben. Neu war die finanzielle Beteiligung der Gemeinde an der obligatorischen Kinderversicherung.

b) Die Güterausscheidung

In den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts wurde die Ausscheidung von Bürger- und Einwohnergemeinde aktuell, weil die neue Bundesverfassung von 1874 die Bildung der Einwohnergemeinde forderte. Der Kanton Solothurn musste hier nachziehen und verordnete deshalb seinerseits die Schaffung von Einwohnergemeinden. Die Trennung vollzog sich aber zunächst nur auf dem Papier: Während einer Gemeindeversammlung des Jahres 1877 beschlossen die Oekinger mit 14:0 Stimmen, dass die von der Einwohnergemeinde gewählten Vorsteher auch für die Bürgergemeinde gewählt sein sollten[344]. So verblieben in den folgenden Jahren Einwohner- und Bürgergemeinde faktisch ungetrennt; auch eine gegenseitige Ausscheidung der Gemeindevermögen wurde noch nicht vorgenommen.

[343] Zum Vergleich: Ausgaben für die Dorfbeleuchtung: Fr. 274.–; Gehälter: Fr. 1312.–; Beitrag an den Schulfonds: Fr. 5200.–, usw.

[344] Gemeindeversammlungs-Protokolle.

Am 16.1.1889 stand das Ausscheidungs-Thema auf der Traktandenliste der Gemeindeversammlung, wurde aber auf unbestimmte Zeit verschoben[345]. Zeugt es von geringem Interesse an einer Trennung der Gemeinde, dass dieses Thema erst zehn Jahre später an einer Gemeindeversammlung wiederum auf der Tagesordnung stand? Am 29.5.1899 kam es endlich zu einem Beschluss[345]:
Die *Einwohnergemeinde* erhält als Gemeindeeigentum zugesprochen: Das Schulhaus (Wert ca. 20500 Fr.), den Schulhausplatz, den Schulfonds, das Spritzenhaus, die Feuerspritze und sämtliche Löschgerätschaften.
Die *Bürgergemeinde* erhält als Gemeindeeigentum zugesprochen: Das Armenhaus, den Garten und den Grubenplatz (Kiesgrube im Unterfeld), den Bach, die Strassenabschnitte, Wald, Allmendland.
Am 7.12.1905 erfolgte die endgültige Ausscheidung[345].

c) Die Arbeiterschaft meldet sich zum Wort

Seit der gesetzlichen Schaffung der Einwohnergemeinde waren schon 30 Jahre vergangen, ohne dass sich im Grunde an den Gemeindeverhältnissen etwas geändert hätte. Wie zu Zeiten der Einheitsgemeinde standen immer noch die gleichen bäuerlichen Familien an der Gemeindespitze. Die Einwohnergemeinde musste machtlos bleiben, solange ihr nicht die Möglichkeit einer eigenen Verwaltung zugestanden wurde.

Der Durchbruch aus diesen Verhältnissen vollzog sich erst dann, als innerhalb der Gemeinde eine neue und starke politische Kraft entstand, die gewillt war, die bisherige bäuerliche Dominanz zu durchbrechen. Gebildet wurde die neue Kraft von den Fabrikarbeitern, die schon vor der Jahrhundertwende zahlenmässig den grössten Bevölkerungsanteil Oekingens ausmachten, aber diese Stärke wegen fehlender Organisation und fehlender Bewusstwerdung der eigenen Interessen noch nicht politisch auszumünzen wussten[346]. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts waren die Oekinger Arbeiter in einem Arbeiterbildungsverein zusammengeschlossen. Bildung spielte in der Arbeiterbewegung von Anfang an eine grosse Rolle[347]; in Oekingen war der Verein aber auch politisch tätig. Ein wichtiges Anliegen des Vereins war die Einführung des Proporz-Wahlsystems auf Gemeindeebene, nachdem dieses bereits seit 1895 im Kanton angewandt wurde (auf Bundesebene seit 1919). Durch die Proporzwahl (Verhältnis-

[345] Gemeindeversammlungs-Protokolle.

[346] Es handelt sich dabei um Fabrikarbeiter, die vor allem in Gerlafingen und Biberist arbeiteten und wohl dort mit den sozialistischen Ideen in Kontakt kamen.

[347] Siehe dazu: Autorenkollektiv, Schweizerische Arbeiterbewegung.

wahl) erhielten Minderheiten die Möglichkeit, Sitze zu erobern im Gegensatz zur Majorzwahl, bei der die Minderheiten leer ausgingen. Am 17.6.1917, also noch während des Ersten Weltkriegs, gelang es dem Arbeiterverein, die Einführung des Proporzes in Oekingen durchzusetzen[348]. Kurz danach, am 5. August, wurden die fünf Gemeinderäte zum erstenmal nach dem Proporzsystem gewählt[349]:

Zwei Parteien nahmen an der Wahl teil: die Sozialdemokratische Partei, hinter der der Arbeiterverein stand, und die Bürgerliche Partei, die hauptsächlich von den Bauern getragen wurde. Die Stimmbeteiligung war mit 92% ausserordentlich hoch, was auf eine sehr kämpferische Wahlkampagne schliessen lässt. Die Auszählung der Stimmen brachte folgendes Resultat:
Sozialdemokratische Partei: 62 Stimmen (= 60,2%)
Bürgerliche Partei: 41 Stimmen (= 39,8%)
Damit hatte die Sozialdemokratische Partei auf Anhieb einen erstaunlichen Sieg errungen, denn drei der fünf Gemeinderatssitze gingen an sie. Die neuen sozialdemokratischen Gemeinderäte waren Moritz *Strähl,* Stanzer, Alex *Stalder,* Schleiffer, und der Eisenarbeiter Fritz *Morgenthaler,* für die Bürgerliche Partei waren es der bisherige Ammann Julian *Flury* und Thomas *Gasche-Glutz,* beides Landwirte. Zum Gemeindeammann wurde wiederum Julian Flury ernannt.

Welche Bedeutung kommt dieser Wahl zu? Infolge der Industrialisierung waren die Fabrikarbeiter gegen Ende des 19. Jahrhunderts zum grössten Bevölkerungsteil angewachsen; politisch waren sie jedoch krass untervertreten geblieben, weil die besitzenden Bauern ihre seit jeher besessene Vormachtstellung nicht freiwillig aufgeben wollten. Deshalb muss der Einzug von sozialdemokratischen Arbeitern in den Gemeinderat als entscheidende Wende von der alten zur modernen Gemeinde gewertet werden: die jahrhundertelange Tradition der von wenigen bäuerlichen Familien verwalteten Gemeinde wurde zum erstenmal durchbrochen und damit den neuen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen Rechnung getragen. Zwar verlor die Sozialdemokratische Partei bereits 1921 ihre vier Jahre zuvor gewonnene Mehrheit wieder an die Bürgerliche Partei, auch stellten beide Parteien in der Folgezeit gemeinsame Listen auf; dennoch sind seither die Arbeiter und ihre Partei zu einer nicht mehr wegzudenkenden Kraft innerhalb der neuen Gemeinde geworden.

[348] Gemeindeversammlungs-Protokolle.
[349] Ebda.

8. «Mit Pestalozzigeschick und Hiobsgeduld»: Schule in Oekingen

8.1 Schule in Kriegstetten und eigenes Schulhaus

Bis 1860 besass Oekingen keine eigene Schule. So mussten die Oekinger Schulkinder wie auch die Dorfbewohner, welche den Gottesdienst besuchen wollten, nach Kriegstetten gehen. 1730 stellte Oekingen aber mit einem gewissen Urs Flury für ein Jahr einen Schulmeister. Damals genügte es noch, wenn ein Schulmeister etwas rechnen und einigermassen lesen und schreiben konnte. Dafür war der Lehrerberuf keine «sichere» Anstellung: so wurde Flurys Vorgänger im Jahre 1730 von der Obrigkeit unmissverständlich nahegelegt, das Land innert 14 Tagen zu räumen[350]. Ein Jahr später stand dann Flury vor demselben Problem: da er das Gesuch stellte, weiterhin an der Kriegstetter Schule unterrichten zu dürfen, wurden von der Obrigkeit über ihn bei Pfarrer und Gemeindsvorgesetzten Informationen eingeholt. Dass sich die Obrigkeit in die Schulmeisterernennung einschaltete, gefiel aber den Gemeinden gar nicht; sie beharrten darauf, dass dieses Recht nur von ihnen (auf der Ebene des Gerichtskreises) ausgeübt werden konnte. Sie meinten, «dass sie jederzeit mit und neben dem Pfahrherrn den Schuolmeister dienst vergeben [hätten], Ihro Gnaden aber nur damahls als Jakob Steiger, ein Zuger, sich umb das Domicilium [Niederlassungsrecht] angemelt, denselben zugleich als Schuolmeister ernamset und dahero zu aller Underthanigkeit gebetten, man wolte es bey alter Gewohnheit verbleiben und dem ehrsamen Gricht die Benamsung des Schuolmeisters wie vor altem überlassen». Die Obrigkeit beugte sich diesem alten Brauch und bestätigte, der Schulmeister dürfe auch in Zukunft vom Pfarrer vorgeschlagen und vom Gericht ernannt werden[351].

Noch anfangs des 19. Jahrhunderts waren es sechs Gemeinden, die ihre Kinder nach Kriegstetten in die Schule schickten; 200 Schüler fanden im Kriegstetter Schulhaus Platz[352]. Dass dies wegen der zunehmenden Bevölkerung auf die Dauer nicht gutgehen konnte, sah man ein. In Oekingen selber begann man sich 1858 Gedanken über einen eigenen Schulhausbau zu machen. An einer von 22 Personen besuchten Gemeindeversammlung vom 30. Mai 1858 wurde einhellig beschlossen, nicht mehr vereint mit Halten und Kriegstetten schulgenössig zu sein, sondern ein eigenes Schulhaus im Dorf zu bauen.

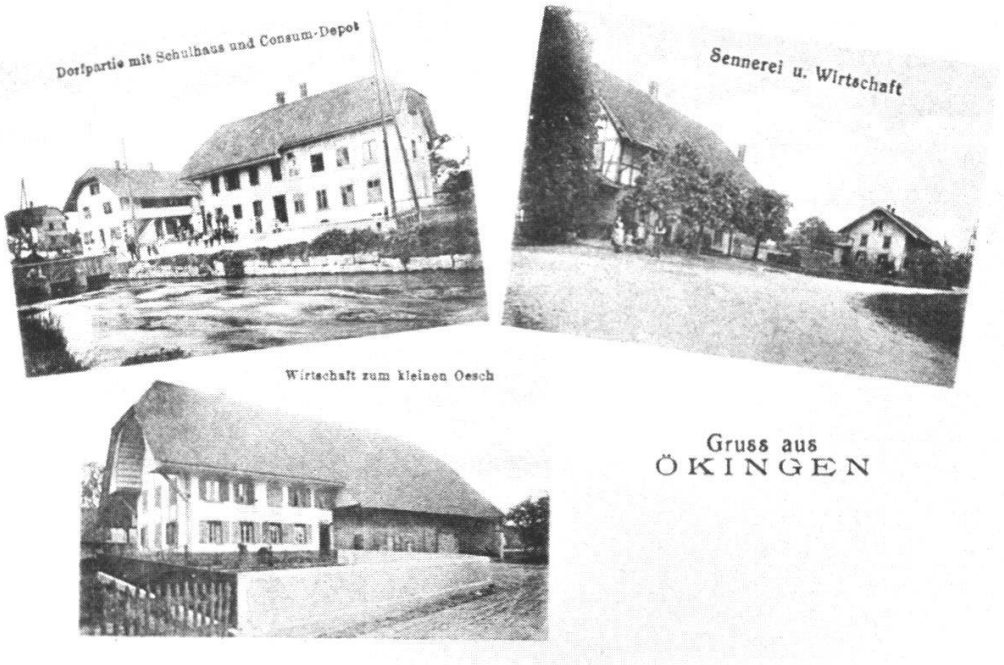
[350] RM 1730, S. 724.
[351] RM 1731, S. 821, 984, 1053.
[352] RM 1809, S. 825ff.

Eine siebenköpfige Kommission sollte Pläne dazu erarbeiten[353]. Im Baugesuch schrieb sie: «Folgende Gründe haben uns dazu bewogen: Erstens haben wir schon ungefähr 34 Schulkinder, und die Zahl derselben könnte in 2–3 Jahren leicht auf 40 anwachsen. Es ist leicht anzunehmen, dass eine kleine Schülerzahl von einem Lehrer besser unterrichtet werden kann als eine grössere. Auch würde es für die ausgetrettenen Schüler von Nutzen sein, wenn ein Lehrer im Dorfe wäre, der ihnen in der Nachtschule und bei sonstiger Gelegenheit das früher Erlernde wieder in Erinnerung bringt und dieselben noch in weitern Kenntnissen ausbildet. Zudem würde es für die Gemeinde zur Unterbringung der Gemeindsschriften und Abhalten von Gemeindeversammlungen zweckdienlich sein, ein Schulhaus im Dorf zu haben. Zweitens wäre jetzt Gelegenheit, ein recht dienlichen Platz mitten im Dorf zu kaufen, der sich zu diesem Zweck sehr gut eignen würde, was später nicht mehr der Fall ist.»[354]

Der Plan sah einen Bau von 44 Schuh Länge und 26 Schuh Breite vor (ca. 14×8 m), der gleichzeitig noch die Lehrerwohnung enthalten sollte. Im Schulzimmer hatten laut Plan 50 Schulkinder ausreichend Platz[355]. Das Erziehungsdepartement billigte den Vorschlag. «Dessenungeachtet lässt sich fragen, ob die Gemeinde Oekingen nicht besser thäte, wenn sie ihren Neubau statt aus Riegel massig aus Stein aufführte (wie Luterbach), theils der Solidität und längerer Haltbarkeit wegen, theils aus Rücksichten der Oekonomie hinsichtlich des Holzbedarfs, was holzarmen Gemeinden so viel und oft als möglich zu bedenken gegeben werden sollte, als endlich zu grösserer Wärmehaltung namentlich des Schulzimmers und daraus erfolgende Ersparniss an Brennholz.»[356]

Blieb noch die heikle Frage der Finanzierung. Für den Schulhausbau rechnete man mit einer Aufwendung von 8000 Franken, davon 4000 Franken für den eigentlichen Bau und die andere Hälfte für den späteren Unterhalt der Schule (Schulfonds). 5000 Franken wollte man durch den Verkauf der Munimatte und eines Teils der Gemeinderüttenen auftreiben. Der Rest sollte durch eine allgemeine Gemeindesteuer gedeckt werden; dabei teilte man die Bürgerschaft in drei Vermögensklassen ein, was zur Folge hatte, dass elf Bürger erster Klasse 18 Franken, acht Bürger zweiter Klasse 12 Franken und elf Bürger dritter Klasse noch 5 Franken per Rütti (gepachtetes Gemeindeland) zu entrichten hatten. Das Bauholz gedachte man aus

[353] Gemeindeversammlungs-Protokolle vom 10.2.1858/30.5.1858.
[354] RM-Akten (1858–61), Rubr. 297, Nr. 2422.
[355] Gemeindeversammlungs-Protokoll vom 26.9.1858.



Dorfpartie mit Schulhaus und Consum-Depot, Sennerei und Wirtschaft und Wirtschaft «Zur kleinen Oesch». (Dia – Zentralbibliothek Solothurn)

dem Gemeindewald zu nehmen[357]. 1859 begann man auf dem ehemaligen Land von Urs Josef Müller mit dem Bau[358]. Eine Kommission, bestehend aus fünf Mann, bekam den Auftrag, den Bau und die Lieferungen zu organisieren und zu verteilen[359]. 1860 konnten Lehrer und Schüler einziehen, und auch Oekingen durfte sich nun endlich rühmen, ein neues Schulhaus zu besitzen, das «wie ein Sternlein der Nacht [glänzt], um aufzuhellen und zu erleuchten, was dunkel ist»[360].

Diese erste Oekinger Schule genügte den Ansprüchen bis in die ersten Jahre unseres Jahrhunderts, als die stets ansteigenden Schülerzahlen nach einer neuen Lösung riefen. So beschloss man an einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung vom 9. September 1904, «nach ziemlich heftiger Diskussion», das Schulhaus umzubauen[361]. Kurze Zeit später einigte man sich sogar mit 41 gegen 8 Stimmen auf einen Neubau[362]. Als man dann aber den Kostenvoranschlag errech-

[356] RM-Akten, Rubr. 297, Nr. 2423.
[357] RM-Akten, Rubr. 297, Nr. 2422, und Gemeinde-Protokoll vom 26. 9. 1858.
[358] Gemeinde-Protokoll vom 9. 1. 1859.
[359] Ebda., vom 27. 2. 1859.
[360] *P. Strohmeier,* Kt. Solothurn, S. 199.
[361] Gemeinde-Protokoll vom 9. 9. 1904.
[362] Ebda., vom 15. 1. 1905.

nete und auf etwa 30000 Franken kam, wurde der Beschluss sogleich an einer nächsten Versammlung zurückgenommen und der alte Umbauplan wieder gutgeheissen[363]. Seither erfuhr die Schule andere Erweiterungen. 1937 musste der Bau eines dringend benötigten Turnplatzes jedoch auf unbestimmte Zeit verschoben werden, weil «der Zeitpunkt zum Erwerb eines Turnplatzes nicht gut gewählt ist. Die Steuern gehen wegen der herrschenden Krise zurück.»[364] Ein für Oekingen grosses Unternehmen war jüngst der Neubau der Turnhalle und der Aussenanlagen, die 1984 fertigerstellt werden konnten. Die gesamte Anlage umfasst im Erdgeschoss die eigentliche Turnhalle mit Nebenräumen, eine Bühne, ein Lehrer- und Sanitätszimmer und das neue Gemeindezimmer. Im Untergeschoss befinden sich die Toiletten, Duschräume und Zivilschutzräume für die Bevölkerung mit 210 Plätzen. Die Halle ist für den Mehrzweckbetrieb eingerichtet.

8.2 Fächer und Lehrpläne

Am Ende des Schuljahres 1860/61 erstattete Pfarrer Cartier von Kriegstetten als Inspektor der Oekinger Schule seinen ersten Schulbericht[365]. 43 Schüler (die Prognose von 1858 also übersteigend), darunter 22 Knaben und 21 Mädchen, wurden vom erst 21jährigen Josef Frei aus Winistorf und der 24jährigen Elisabeth Scheidegger aus Oekingen (Arbeitsschule) unterrichtet. Lehrer Frei unterrichtete von der ersten bis zur siebten Klasse. Die Schule war unterteilt in eine Unterklasse (zu fünf sogenannten «Kreisen»), eine Mittelklasse und eine Oberklasse (beide zu je einem Kreis). Die Schulfächer waren: Religion (Gebete und Sprüche), Anschauungsunterricht, Schreiben, Lesen, Buchstabieren und Rechnen. Der Inspektor war mit den Leistungen zufrieden: der Lehrer führe die Schule gut, «dürfe sich aber für schönere Schreibformen mehr Mühe geben und in der Mittelklasse das Rechnen mit sichtlicherem Erfolge betreiben. Schnell fahren ist selten gut gefahren». Für die Gemeinde hatte er lobende Worte: «Das Interesse und die persönliche Theilnahme am Erziehungswesen seitens der Gemeinde ist ein sehr nachahmungswerthes», meinte der Pfarrer in seinem abschliessenden Bericht.

Im Laufe der Zeit scheint sich aber dieser «nachahmungswerte» und harmonische Zustand ein bisschen verschlechtert zu haben: 1880 ist Josef Frei immer noch der Lehrer (inzwischen führt er im Dorf auch noch einen Laden). Verändert hat sich, was die Fächer

[363] Ebda., vom 5.2.1905 und 12.2.1905.
[364] Ebda., vom 2.4.1937.
[365] Primarschulberichte 1860/61: Oekingen.

und den Lehrplan anbelangt, anscheinend nicht viel, ausser dass nun anstelle von «Religion» der Ausdruck «Sittenlehre» steht. Inhaltlich ist sich Lehrer Frei aber treu geblieben: «Gebete und Sprüche, die Pflichten gegen Gott und die Menschen, die biblische Geschichte von der Erschaffung der Welt bis...» bilden immer noch seine Unterrichtsthemen; nur ist diesmal der Inspektor kein Pfarrer mehr, und er empfindet die ganze Sache 1880 doch etwas «zu konfessionell». Er zeigt sich gar nicht zufrieden mit der Oekinger Schule und den Oekingern: «(...) sehr mangelhaft begabte Schüler (...), bei denen es, mit geringen Ausnahmen, ein Pestalozzigeschick und eine Hiobsgeduld brauchen würde, um sie mit nützlichen Kenntnissen gehörig auszurüsten. Es fehlt eben an der Hauptsache, am Elternhaus, das in Oekingen keine grosse Schulbegeisterung zeigt, was sich übrigens schon aus der geringen Anzahl Besuche ergibt.»[366]

Wie ging es weiter? Nehmen wir als Stichjahr das Schuljahr 1900/01[367]. Lehrer war nun Ferdinand Stampfli, der sich wohl nicht über mangelnde Arbeit beklagen konnte, da er 56 Kindern etwas beizubringen hatte; wahrlich keine einfache Aufgabe! Stampfli sah die Aufgabe der Sittenlehre etwas anders als sein Vorgänger: er behandelte nämlich das «Verhältnis des Kindes zum Elternhaus, Schule und Kirche, das Verhältnis des Kindes zu seinen Vorgesetzten und zu Seinesgleichen, die Tugenden der Menschlichkeit und die Pflichten gegenüber das Vaterland». Der Inspektor zeigte sich in seinem Schlussbericht besorgt, weil er festzustellen glaubte, die Schule habe in der Gemeinde an Ansehen verloren. In jenem Jahr führte die Schulreise für die erste bis dritte Klasse zum Steinhof und für die vierte bis sechste Klasse auf den Weissenstein als klassischem Solothurner Schulreiseziel.

1920 unterrichtete Lehrer Franz Hongler nur noch 32 Schüler, die aber nicht so lange die Schulbank drücken mussten, weil 1919/20 in Oekingen die Maul- und Klauenseuche ausbrach[368]. 1940/41: Kriegsjahre: Die Schüler erreichten an den Schlussprüfungen nicht die erwarteten Resultate, weil sie während des Schuljahres eine Vielzahl von Verwesern und Stellvertretern erhalten hatten. Arthur Schenker und Willi Marti, die gewählten Lehrkräfte, waren vielmals aus militärischen Gründen abwesend[369]. Nach dem Krieg wandelte sich die Oberschule auf Betreiben Dr. Willi Martis zur Werkschule. 1956 wurde zusammen mit umliegenden Gemeinden eine zweiklassi-

[366] Ebda., 1880.
[367] Primarschulberichte 1900/01.
[368] Ebda., 1920.
[369] Ebda., 1940/41.

ge Sekundarschule eröffnet[370]. 1960 gaben Irene Jäggi 31 Schülern (1.–3. Klasse) und Hugo Niggli 36 Schülern (4.–6. Klasse) Unterricht; als Sekundarlehrer walteten Eduard Spörri, der 19 Schülern, und Hedi Schenker, die 16 Schülern das nötige Wissen beibrachten[371].

Zurzeit, Mitte der achtziger Jahre, herrscht in Oekingen ein wahrhaft «babylonischer Schulenwirrwarr»: 1984 wurde zur Lösung der Schulorganisationsprobleme ein «Zweckverband Schulkreis äusseres Wasseramt» gegründet; neuerdings müssen die Bezirksschüler nicht mehr nach Kriegstetten, sondern nach Derendingen fahren; die Sekundarschüler ihrerseits besuchen zwei Klassen in Kriegstetten und die letzte Klasse in Etziken, während die Oberschüler die ersten zwei Klassen in Horriwil absolvieren und für das letzte Schuljahr nach Subingen geschickt werden.

Betrachten wir zum Schluss ein interessantes Zeitdokument, nämlich eine Verordnung über das «sittliche Verhalten» der Jugend aus dem Jahr 1905. Was hat sich in 80 Jahren nicht alles verändert!

«Reglement über das sittliche Verhalten der schulpflichtigen Jugend ausserhalb der Schule[372].

Die Schulkommission von *Oekingen* in Ausführung der Verordnung des hohen Regierungsrates des Kts. Solothurn vom 12. Nov. 1881 über das sittliche Verhalten der Schüler ausserhalb der Schule beschliesst:
Es ist der primar- und fortbildungsschulpflichtigen Jugend verboten:
Ohne Begleitung der Eltern oder deren Stellvertreter, Wirtshäuser zu besuchen; für die Fortbildungsschüler gilt diese Bestimmung für die Nachtzeit.
Das Rauchen für die Primarschüler.
Bei hereingebrochener Nacht (Sommerschulhalbjahr nach *9 Uhr,* Winterschulhalbjahr nach *7 Uhr*) sich beschäftigungslos auf den Strassen herum zu treiben.
Das Werfen von Steinen.
Unbefugtes Aneignen von Obst- und Feldfrüchten, insofern diese Vergehen nicht unter schärfere gesetzliche Bestimmungen fallen.
Beschädigungen jeder Art in Gärten, Anlagen, usw.
Das Zerstören von Vogelnestern, Einfangen nützlicher Vögel, sowie Tierquälerei jeder Art.
Zuwiderhandelnde zahlen eine Busse bis auf *Fr. 5.*
Fortbildungsschüler, die rauchend zur Schule kommen oder *Nachtlärm* machen, werden bis auf *Fr. 2* bestraft.
Rohes, unsittliches Benehmen, rohe, unsittliche Handlungen der Primar- und Fortbildungsschüler unter einander oder gegenüber andern erleiden eine Busse bis auf *Fr. 20.*
Die eine Hälfte der Bussengelder erhält der Verzeiger (Landjäger oder andere Personen), die andere Hälfte fällt dem Schulfond zu.

[370] *Jäggi/Ingold,* Sol. Wasseramt, S. 89.
[371] Schulberichte 1960/61.
[372] Regierungsrats-Akten, Rubrik «Volksschule» 1905, Nr. 3303.

Es ist den Primarschülern verboten:
Raketen, ‹Fröschen› und *‹Schwärmer›* abzulassen, ausgenommen am *St. Nikolaustag,* am *‹schmutzigen› Donnerstag* und am *‹schmutzigen› Dienstag.*
Das Maskenlaufen der Primarschüler ist nur am *‹schmutzigen› Donnerstag,* am *Sonntag* und am *‹schmutzigen› Dienstag* gestattet.
Das *‹Nikolaussteuern›* an Lehrer und an die Arbeitslehrerin wird aufgehoben.
Fehlbare werden beim Friedensrichter verzeigt und auf dem gesetzlichen Wege bestraft.»

9. Oeschkorrektion und Güterzusammenlegung

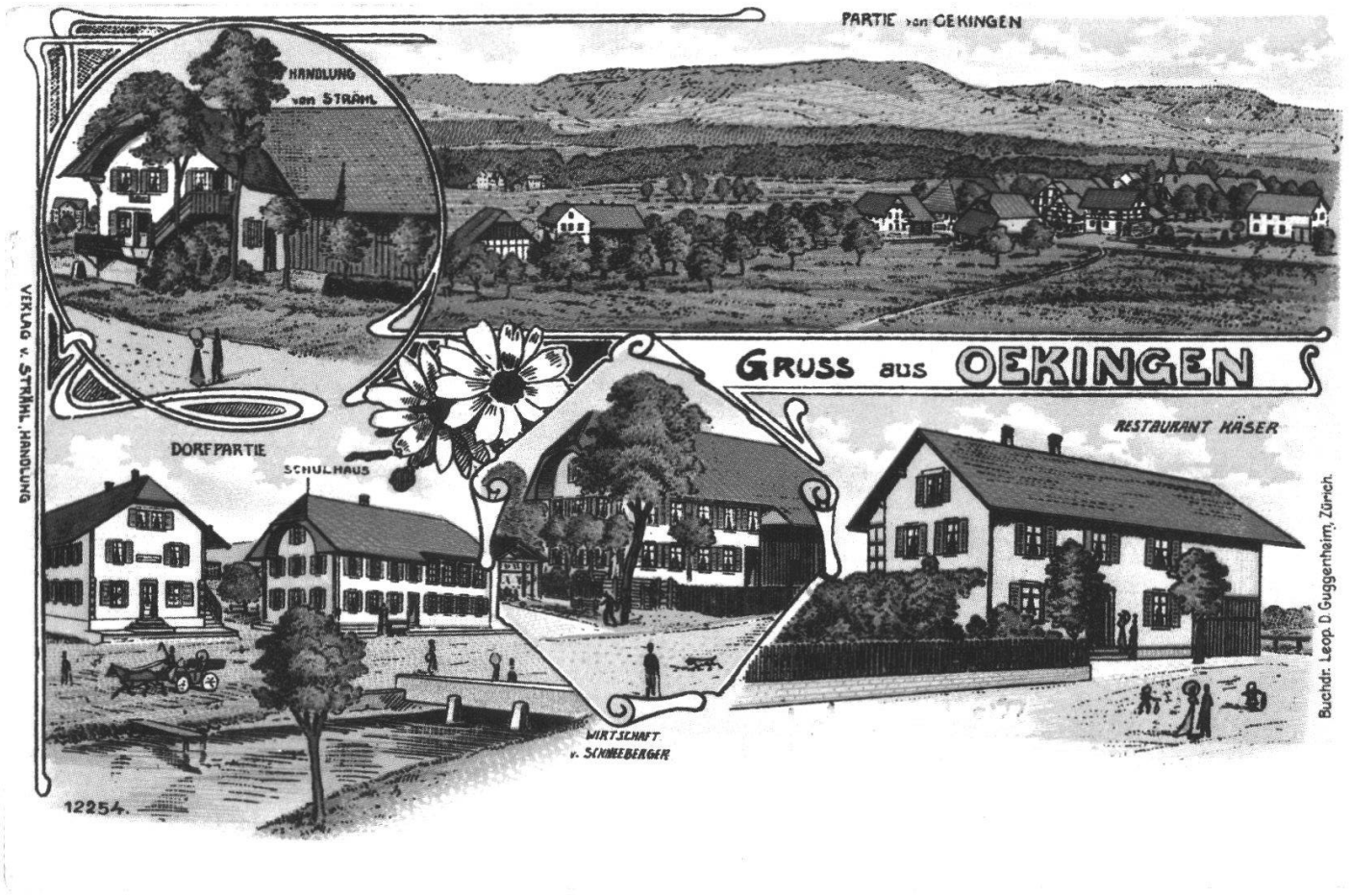
«Vor einem Jahre im Winter ist der (...) Oeschbach, an welchem Jakob Glutz eine Säge bauen will, zu einer Grösse angewachsen (...), so dass derselbe fast alles Holz, Sagebäume und was er erreichen konnte aus unserem Dorfe mit sich fortriss, und sobald das Wasser sich so viel gesetzt hatte, dass man sich nähern konnte, musste die ganze Gemeinde mit Feuerhögen und allen aufzubringenden Werkzeugen der Brücke, den Feldern und unsere fortgerissenen Habseligkeiten zu Hilfe eilen, so grässlich war damals die Überschwemmung und der Strom (...).»[373] Dies ein Bericht des Oekinger Ammanns zur Oesch-Überschwemmung im Winter 1802. Die in dieser Schilderung beschriebenen Szenen wiederholten sich – in kürzeren oder längeren Abständen – bis in unsere jüngste Gegenwart, wenn die sonst friedlich dahinplätschernde Oesch durch andauernde Niederschläge zum reissenden und alles zerstörenden Strom wurde. Fruchtbares Kulturland, Brücken und Häuser wurden dadurch in Mitleidenschaft gezogen. Das Projekt, solche Überschwemmungen durch eine Korrektur des Bachs zu verhindern, wurde aber erst dann ernsthaft diskutiert, als die Lösung eines anderen Problems – die Güterzusammenlegung – davon abhing.

1862 hatte der 25 Jahre zuvor begonnene Zehnt- und Bodenzinsloskauf sein Ende gefunden; das Land gehörte nun vollumfänglich den Bauern. Als Überrest der «alten» Landwirtschaft verblieb noch die grosse Zerstückelung des bäuerlichen Besitzes; so konnte es vorkommen, dass ein Bauer 20 Parzellen besass, die verstreut auf den Oekinger Ackerzelgen lagen. Eine rationellere und intensivere Bewirtschaftung wurde dadurch natürlich sehr erschwert. Deshalb strebten die Bauern nach einer Zusammenlegung ihrer einzelnen Landstücke, was aber erst nach einer vorausgehenden Bändigung der Oesch mit anschliessender Entwässerung des angrenzenden Bo-

[373] KS-Akten, Bd. 5, S. 441 f.

dens in Angriff genommen werden konnte. Bereits an der Gemeindeversammlung vom 30. März 1879 beschloss man, den in Gang befindlichen Verhandlungen betreffend eine Oeschkorrektion mit einer eigenen Kommission beizutreten[374]. Lange Zeit hört man dann nichts mehr darüber, bis 1890 Ammann Furrer und Benedikt Affolter in die betreffende Kommission gewählt werden[375]. Fünf Jahre später schien es endlich soweit zu sein, dass konkret etwas unternommen werden konnte: An zwei Gemeindeversammlungen (24. 11. und 1. 12. 1895) wurde beraten, welche finanziellen Beiträge die Einwohnergemeinde beim Bau eines Oeschbachkanals aufzuwenden hätte; schliesslich einigte man sich auf 1/3 der Kosten[376]. Am 19. Januar 1890 kam es zu einer weiteren Beschlussfassung, wonach die Baukommission das Recht hatte, Arbeiter aus anderen Dörfern heranzuziehen, aber nur wenn zuwenig Leute aus dem eigenen Dorf zur Verfügung stehen sollten; wenigstens fünfzehn Mann hatten jedoch immer aus Oekingen zu stammen[377]. Es scheint sich hier um eine Arbeitsbeschaffungsmassnahme in einer Phase der wirtschaftlichen Krise gehandelt zu haben (1880/90er Jahre). Als nämlich der Arbeitsbeginn festgesetzt werden sollte, wurde der Kanalbau auf den folgenden Herbst verschoben. Im Dezember 1896 beschlossen dann Einwohner- und Bürgergemeinde, den Beitragsbeschluss wieder aufzuheben und den Kanal in der Winkelmatt doch nicht ausführen zu lassen. Die Gründe für diesen plötzlichen Rückzieher werden nicht ganz klar, sind aber wohl in den hohen Baukosten zu suchen, die bei der Projektierung vielleicht unterschätzt worden waren. Damit begrub man diese Idee für lange Zeit. Als ein einschlägiger Antrag im Jahr 1921 an einer Gemeindeversammlung wieder aufgeworfen wurde (man befand sich damals wieder in einer wirtschaftlichen Depression), ging man gar nicht erst darauf ein[378]. Während des Zweiten Weltkrieges (1943) setzte man erklärtermassen fest, dass eine allfällige Oeschkorrektion besonders bei eintretender Arbeitslosigkeit vorgenommen werden sollte[379]. Doch erst in den 60er und 70er Jahren war es dann wirklich soweit, dass die Arbeiten projektiert und endgültig durchgeführt wurden[380].

[374] Gemeindeversammlungs-Protokoll vom 30. 3. 1879.
[375] Gemeindeversammlungs-Protokoll vom 6. 2. 1890.
[376] Ebda., vom 24. 11. und 1. 12. 1895.
[377] Ebda., vom 19. 1. 1896.
[378] Ebda., vom 2. 4. 1921.
[379] Ebda., vom 24. 1. 1943.
[380] Folgende Darstellung nach: *R. Enggist,* Die Oeschkorrektion.



Oekingen um 1900. «Die Wirtschaften benannte man früher oft nach dem Inhaber, weniger nach dem Schild. Schneebergers ihre hiess eigentlich ‹Zur kleinen Oesch› und seit 1932 ‹Rössli›, Jakob Käser hielt den ‹Frohsinn›. Handlung Strähl und Konsum bestehen nicht mehr.» (Aus: Feser, Solothurn in alten Ansichtskarten, S. 77).

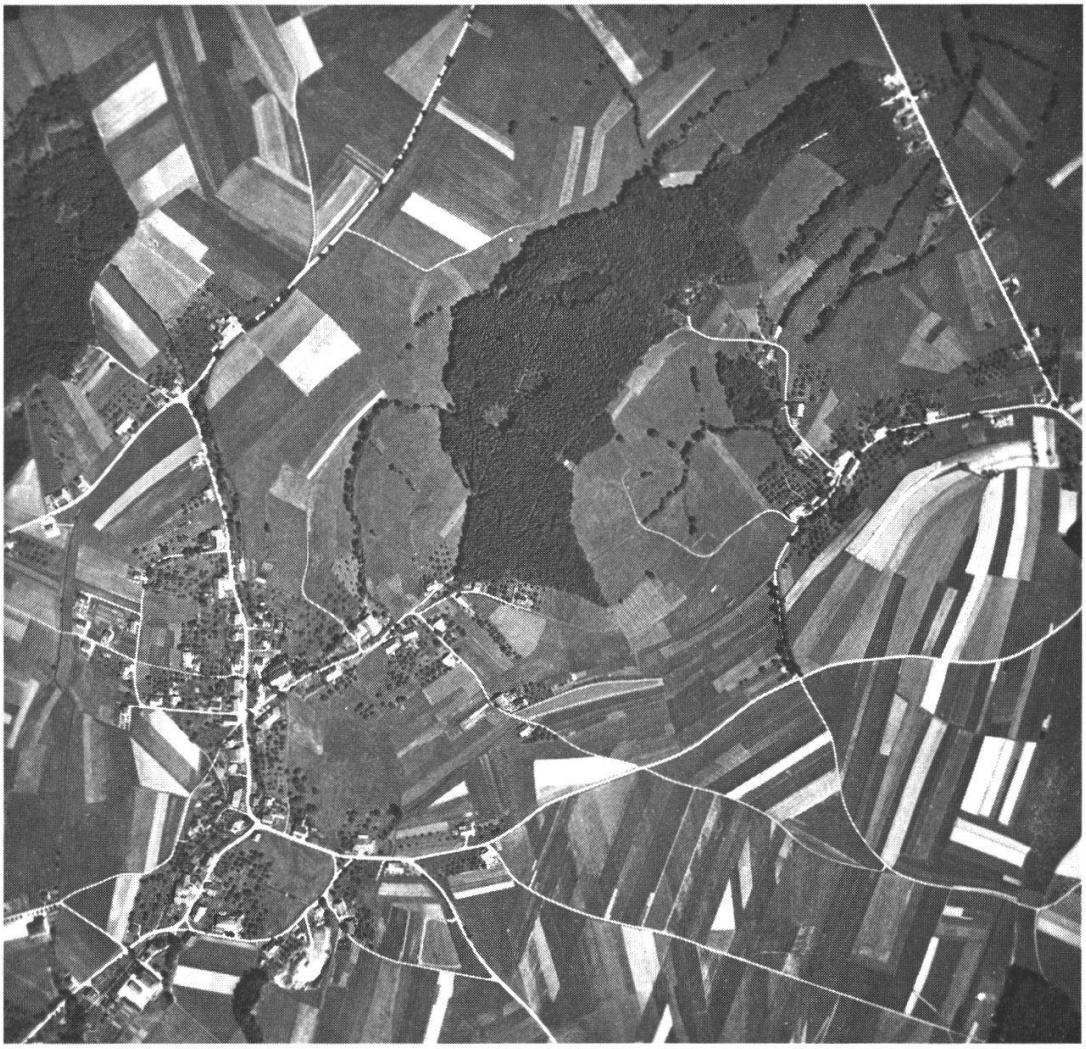
Der Ansporn ging von landwirtschaftlichen Kreisen aus, welche die Durchführung der Güterzusammenlegung forderten, für die, wie gesagt, die Oeschkorrektion Voraussetzung war, «da ohne Absenkung der Oeschsohle die erforderliche Entwässerung von stark vernässtem Kulturland nicht durchführbar war»[381]. Daraufhin beschlossen die Gemeinden Horriwil, Subingen und Oekingen, gemeinsam vorzugehen, um das Zwischenstück Oekingen–Subingen zu korrigieren (der Oberlauf der Oesch bis zum Erziehungsheim Kriegstetten war bereits in den Jahren 1939–45 korrigiert worden). Mit der Oeschkorrektion hing auch die Durchführung der Abwassersanierung zusammen, die ebenfalls eine Absenkung des Bachs voraussetzte. 1962 kam es zur Bildung von Initiativkomitees und schliesslich zur Gründung von Flurgenossenschaften, welche die Güterzusammenlegung vorantreiben sollten. In Oekingen stimmten 93% der Eigentümer mit einer Fläche von 87% dem Vorgehen zu. 1964 wurde das Solothurner Büro Enggist mit der Projektierung beauftragt. Ein wichtiger Punkt war die Finanzierung des ganzen Vorhabens. Wie sollten die Kosten verteilt werden? Auf kantonaler Ebene musste das Volk an der Abstimmung vom 6./7. Juni 1970 über die Gewährung der Kredite entscheiden: Mit grossem Mehr (81%) wurde die Vorlage gutgeheissen. Auch der Bund trat 1971 der Finanzierung bei, so dass die für die Korrektionsarbeiten budgetierten 8,4 Millionen Franken wie folgt aufgeteilt wurden:

Subvention Bund:	38%
Subvention Kanton Solothurn:	47%
Anteil Gemeinden:	15%

Die Ausführung der Oeschkorrektion dauerte ungefähr von August 1971 bis Mai 1976. Dabei ging es vor allem um die Tieferlegung der Oesch um ca. 1,2 bis 1,5 Meter (mit einer neuen Linienführung) und um den Bau neuer Brücken. Das Dorfbild wurde durch die Oeschkorrektion in bedeutendem Masse verändert, da der Bach seither nicht mehr durch das Dorf läuft, sondern es rechts umfliesst.

Parallel zur Oeschkorrektion konnten die Gemeinden, die im «Abwasserzweckverband äusseres Wasseramt» zusammengeschlossen waren, ihre Kanalisationen einlegen und ihre Abwässer den neu erstellten Kläranlagen anschliessen. Dank der Oeschkorrektion konnten nun auch in den einzelnen Gemeinden die Meliorationen (Bodenverbesserungen) mit anschliessender Güterzusammenlegung in Angriff genommen werden. Zweck der Melioration war die Erhaltung oder Verbesserung der Ertragsfähigkeit des Bodens und die Er-

[381] Ebda., S. 261.



Oekingen vor der Oeschkorrektion:
Luftaufnahme von 1946 (Landestopographie Bern)

leichterung der Landbewirtschaftung. In Oekingen konnten durch Entwässerungsarbeiten («Drainage») neun Hektaren zum Teil minderwertigen Graslandes melioriert und zu vollwertigem Ackerland umgewandelt werden. Für die eigentliche Güterzusammenlegung erstrebte man die Bildung grosser und zusammenhängender Parzellen, die durch ein neues Flurwegnetz erschlossen wurden. Es kam auch zur Aussiedlung von drei landwirtschaftlichen Betrieben vom Siedlungszentrum auf das Land hinaus. Die Kosten für Bodenverbesserung und Güterzusammenlegung wurden zu je 40% von Bund und Kanton und der Rest von den beteiligten Eigentümern übernommen.

Oekingen nach der Oeschkorrektion:
(Flugaufnahme Swissair 1981)

Tabelle 7:
Die Güterzusammenlegung in Oekingen[382]

	alter Zustand	*neuer Zustand*
Perimeterfläche in ha	180	180
Zahl der Grundeigentümer	147	191
Zahl der Parzellen	420	322
Mittlere Parzellengrösse in ha (alle drei Gemeinden zusammen)	0,41	0,52
Mittlere Parzellenzahl pro Eigentümer	2,35	1,72
Landwirtschaftliche Siedlungen im neuen Zustand	–	3

[382] *R. Enggist,* Oeschkorrektion, S. 271.